



MEHR PERSONAL! Erfolgreicher Streik in der Berliner Charité 4	WENIGER NAZIS Den Rechten entgegentreten 8	REISE NACH ROJAVA Perspektiven einer neuen Gesellschaft 11	MITDENKEN Kreuzworträtsel ohne Gewinggarantie 12
---	--	--	--



Hier, in Griechenland, überall: Widerstand gegen Privatisierung

AUSTERITÄT Im Schraubstock des Kapitals: Hinter dem Schlagwort «Austerität» steht eine Politik des Aushungerns und Luftabschnürens. Mit Sozialabbau, Privatisierung, internationalen Regelwerken und Geldpolitik wird der Staat nicht einfach kaputtgespart, sondern zu einer Kampfmaschine gegen die Arbeitenden getrimmt.

(az) «Austerität» wird ungefähr mit «Strenge und Sparsamkeit» übersetzt. Wenn wir davon sprechen, geht es uns nicht darum, mit einem neuen Schlagwort, alles was der Kapitalismus an Widersprüchen mit sich bringt, unter einen Hut bringen zu wollen. Aber «Austeritätspolitik» vereint die Elemente, die momentan die Strategie des Kapitals ausmachen: ein Aushungern und Gefügigmachen der Bevölkerung, verbunden mit einem Luftabschnüren für mögliche Alternativen. Das Ziel ist, möglichst gute Bedingungen für das Kapital herauszuholen. Dieser Angriff geschieht auf verschiedenen Ebenen. Da ist zum einen die Privatisierung des Service Public. Damit einher gehen der Abbau sozialer Leistungen und eine verstärkte Profitlogik. Das gilt auch in Betrieben, die dem Namen nach öffentlich bleiben. Die Fallko-

stenpauschale in den Spitälern ist ein solches Beispiel, bei dem die Pflege auf berechenbare Einheiten und ein erkrankter Mensch in eine Serie von Zahlen übersetzt werden. Drittens gehören die Debatten über die Staatskassen dazu, mit denen Steuersenkungen für Reiche und Konzerne mit Angriffen auf die AHV verbunden werden. Aber das ist nur die eine Seite, und Austerität lässt sich nicht mit Staatsabbau fassen – ausgehungert werden die Leute, nicht der Staat. Dieser wird unverhüllt auf die Interessen des Kapitals zugerichtet. Beispielsweise mit einer Geldpolitik wie der Frankenstärke in der Schweiz, die die Erfolgsaussichten von Streiks im Keim erstickt. Bei den jetzigen Exportschwierigkeiten sind die ArbeiterInnen von Anfang an am kürzeren Hebel. Weiter gehören zur Austeritätspolitik Regelwerke wie TTIP und Tisa, mit denen Staaten verpflichtet werden, die profitabelsten Möglichkeiten für das internationale Kapital bereitzustellen: zugespitzt gesagt, die Verwandlung der Welt in eine grosse Sonderwirtschaftszone.

Austerität heisst nicht einfach Armut, sondern bezeichnet ein Zusammenwirken von Finanzmärkten, autoritärer Staatsgewalt, rapide wachsender sozialer Unsicherheit und verschärftem Klassenkampf der Bosse. Nirgendwo zeigt sich all das so deutlich wie in

Griechenland. Als ob dessen Bevölkerung in den letzten Jahren nicht schon genug unter der Austerität zu leiden hatten, sind in den letzten Monaten neue Reformpakete hinzugekommen, die für die europäische Austeritätspolitik wegweisend sein könnten. Hier findet gerade ein Ausverkauf auf die nächsten hundert Jahre statt.

Ein Raubzug in Etappen

Zur Erinnerung: Etwas mehr als ein Jahr ist es her, seit die griechische Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras ein weiteres Sparpaket verabschiedet lies. Damit sollte die Zustimmung der Troika – die Europäische Zentralbank (EZB), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Kommission – zu einem dritten Hilfsprogramm erlangt werden. Infolge der einschneidenden Massnahmen des Sparprogramms und der innerparteilichen Auseinandersetzungen trat Tsipras am 20. August 2015 zurück. Dennoch konnte er einen Monat später mit der nach rechts gerückten Syriza einen erneuten Wahlsieg feiern. Seit dem wird Griechenland erneut von einer Koalitionsregierung der Syriza und der rechten Kleinpartei ANEL regiert.

Fortsetzung auf Seite 7

POLITISCHE GEFANGENE

Freiheit für Nekane!

Die baskische Journalistin und Aktivistin Nekane Txapartegi wurde nach neun Jahren in der Illegalität am 6. April in Zürich verhaftet, wo sie unter falschem Namen lebte. Nachdem sie die berüchtigte Incomunicado-Haft mit massiver Folter überstanden hatte, flüchtete sie angesichts einer drohenden erneuten Inhaftierung aus Spanien. Nun droht die Abschiebung in die Hände ihrer Peiniger.



Verfolgt wird Nekane für ihre Identität als Kämpferin für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Baskenland. Die Strafverfolgung gegen sie begann 1999, als sie von der spanischen paramilitärischen Polizei Guardia Civil entführt wurde. Fünf Tage lang musste sie die Incomunicado-Haft, ohne Kontakt zu einem Anwalt, einer Ärztin ihres Vertrauens oder ihren Angehörigen, ertragen. Während dieser Zeit wurde sie massiv gefoltert und vergewaltigt. Mit Schlägen, Tritten, einer Scheinhinrichtung und Vergewaltigung wurde von ihr ein falsches Geständnis erpresst.

Nun kämpft Nekane Txapartegi gegen die drohende Auslieferung. Sowohl aus dem Baskenland als auch aus der Schweiz erhält Nekane solidarische Unterstützung in ihrem Kampf. So gehen die Menschen in ihrer Heimat regelmässig auf die Strasse und auch in der Schweiz finden regelmässig solidarische Aktionen statt. Nekane ist nach wie vor kämpferisch und dem «Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit, Kapitalismus, Imperialismus und Patriarchat» verbunden, denn «Folter, Gefängnis und Exil haben es nicht geschafft, meinen Willen zu brechen».

Schreibt ihr: Nekane Txapartegi, Gefängnis Dielsdorf, Spitalstrasse 5, Postfach 115, 8157 Dielsdorf



Aufbau @ Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL
Bläsiring 86
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

ZÜRICH
Kanonengasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 12 bis 17 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk) Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



1. Mai 2016 in Zürich. Revolutionärer Block an der Demo am Vormittag.

Editorial

Anfang September fand auf dem Labitzke-Areal in Altstetten die Grundsteinlegung für die von der Mobimo geplante Grossüberbauung statt. Bis 2018 sollen dort 277 Mietwohnungen entstehen – begleitet von Gewerberäume, Büros und Kinderhort. Bei Spatenstich an vorderster Front dabei: André Odermatt, SP-Stadtrat und Vorsteher des Hochbaudepartements. Dies zeigt einmal mehr auf, wie eng die Stadt Zürich mit den Immobilienhaien zusammenarbeitet. Einen vertieften Blick auf die Hintergründe dieses Schulterschlusses liefert der Artikel auf Seite 15. Ebenfalls mit der Aufwertung beschäftigt sich der Artikel auf Seite 14: Er beleuchtet die Hintergründe der Kampagne «Nachtlebenlassen» und zeigt die Widersprüche der Interessensgruppen im Aufwertungsprozess auf.

Das aber nicht alle bei der Aneignung von Raum in der Stadt Zürich unterstützt werden, zeigt sich im juristischen Prozess gegen einen Genossen – der Widerstand gegen die Gentrifizierung ist für den Staat eine Bedrohung, der er mit Vehemenz begegnet. Die Staatsanwaltschaft fordert für Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Gewalt und Drohung gegen Beamte acht Monate unbedingte Haft (Seite 5).

Was mit Widerstand erreicht werden kann, zeigt der Streik in der Berliner Charité. Er setzt für das Gesundheitswesen neue Standards: Erstens ist er ein Beispiel für eine erfolgreiche langfristige Basisarbeit. Zweitens ist die Streikform durchschlagend – Während bisherige Arbeitsniederlegungen im Spital meist grosse Mehrarbeit für Nicht-Steikende bedeutete, wurde dieser Streik an einen Aufnahmestopp gekoppelt. Drittens war die Hauptforderung «Mehr Personal!» (Seite 4).

Austeritätspolitik heisst das aktuelle Zauberwort des Kapitals: Es geht dabei um ein Gefügigmachen der Bevölkerung, verbunden mit dem Luftabschnüren für Alternativen (Seite 1 und 7). Auch das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich als städtische Dienstabteilung ist grossem Privatisierungsdruck ausgesetzt. Was heute als «Ausgliederung» thematisiert wird, bedeutet perspektivisch die Grundlage für eine Privatisierung. Den Preis bezahlen jedoch die ArbeiterInnen (Seite 6). Die Entsolidarisierung verschärft sich in der Krise. Die kapitalistische Verwertungslogik betrifft uns jedoch alle – wenn auch teilweise in unterschiedlichen Facetten. So sind etwa Repression, Privatisierung oder Gentrifizierung Themen, mit denen wir uns täglich konfrontiert sehen. Deshalb ist es wichtig, diese Verschärfungen aufzuzeigen, miteinander zu verbinden – und ihnen mit Widerstand und Solidarität entgegenzutreten.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Befreiung von Manbidsch.

Türkei – Krieg an allen Fronten

IMPERIALISMUS Vom Stellvertreterkrieg in Syrien zur direkten militärischen Aggression. Im Visier der türkischen Armee stehen die fortschrittlichen Errungenschaften der kurdischen Bewegung.

(rabs) Mit dem militärischen Überfall auf Syrien eröffnet die Türkei eine neue Front gegen die kurdische Bewegung. Im Irak fliegen türkische Kampffjets seit langem Angriffe auf die Stellungen der PKK und im eigenen Land führt die türkische Armee einen grausamen, hierzulande meist verschwiegenen Bürgerkrieg gegen die kurdische Bevölkerung. Im deklarierten Visier der türkischen Armee stehen jetzt die durch die kurdisch-arabischen Milizen vom IS befreiten Gebiete in Syrien. Die Aggression wird von Erdogan als «Schutzschild Euphrat» bezeichnet und soll die Türkei vor «Angriffen» durch die kurdischen Milizen schützen. Tatsache ist allerdings, dass solche Angriffe in der Vergangenheit nie stattgefunden haben und auch nicht ernsthaft zu befürchten waren. Das Problem für die Türkei liegt einzig darin, dass der von ihr protegierte IS sein entlang der türkischen Grenze installiertes Herrschaftsgebiet Stück um Stück an die kurdisch-arabischen Milizen verliert. Die im Schlepptau der türkischen Armee operierenden Terrormilizen der «freien Syrischen Armee» sollen die bedrohten Stellungen nun übernehmen. Es handelt sich um sogenannte «moderate» Rebellen, die dem «IS» jedoch weder im religiösen Fanatismus noch in der Grausamkeit nachstehen. Eine der beteiligten Rebellengruppen ist die Harka Nur Al-Din Al-Senki, die vor kurzem vor laufender Kamera ein 12-jähriges Kind enthauptet hat. Diese dschihadistischen Banden haben nun die Herrschaft von Dscharabalus und anderen Orten übernommen. Zu recht sprechen die KurdInnen von einer islamistischen Wachablösung.

Erdogans Verknüpfung mit dem IS

Bekanntlich trägt die Türkei mit ihrer Unterstützung des IS und anderer Terrormilizen eine massgebliche Verantwortung am syrischen Krieg. Eine Tatsache, die entgegen allen offiziellen Verlautbarungen auch der deutschen Regierung nicht entgangen ist, wie kürzlich publizierte «Indiskretionen» aus dem deutschen Innenministerium belegen. In besagtem Dokument wird u.a. auf die aktive Unterstützerrolle der türkischen Regierung zahlreicher terroristischer Milizen in Syrien hingewiesen. Ergänzend sei an die Rolle des Erdogan-Sohnes im Waffenschmuggel an den IS oder an die Erdogan-Tochter erinnert. Sie leitet ein Krankenhaus, in welchem IS-Verwundete wieder für den heiligen Krieg hochgepäppelt werden. Türkische JournalistInnen, die diese Terror-Unterstützung aus dem engsten Umfeld Erdogans enthüllten, sind wegen «Verletzung von Staatsgeheimnissen» im Gefängnis gelandet. Kürzlich präsentierte die Kommission für Aussenbeziehungen der kurdischen Autonomieregierung Rojava in Brüssel einen Bericht, der die Zusammenarbeit der Türkei mit dem IS, die KurdInnen nennen ihn verächtlich Daesh, belegt. Der Bericht belegt, dass der IS nach wie vor in der Türkei seine Kämpfer rekrutiert und ungehindert grosse Mengen von Düngern, die Basis für Sprengstoffherstellung, über die türkische Grenze nach Syrien transportiert.

Nach dem Putsch – Konterrevolution und Krieg

Präsident Erdogan hat den gescheiterten Putschversuch genutzt, um noch schärfer gegen jeden Hauch von Opposition und die Kurden im Lande vorzugehen. Mit einer beispiellosen Verhaftungs- und Entlassungsaktion wurden die Armee, Polizei, Schulen und Universitäten von tatsächlichen oder vermeintlichen Galen-AnhängerInnen gesäubert, zahlreiche Medienanstalten geschlossen und JournalistInnen ins Gefängnis gesteckt. Die

Politik Erdogan übertrifft in ihrer Radikalität selbst die Reaktion der Bush-Regierung nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die eine radikale Verschärfung der Innenpolitik und der Kriegspolitik des US-Imperialismus mit sich brachten.

US-Atombomben in der Türkei.

Diese offene Unterstützung des IS führte seit längerem zu Spannungen der Erdogan-Regierung mit den USA, welche die Islamisierung des NATO-Partners mit Besorgnis mitverfolgen. Dies auch deshalb, weil die USA rund 50 Atombomben in der Türkei lagern. Ein brandgefährliche Situation und es ist kaum auszumalen, was für Folgen es hätte, wenn diese in falsche Hände kämen. Womit keineswegs gesagt werden soll, sie befänden sich derzeit in den richtigen Händen. Offensichtlich ist auch der US-Imperialismus zu diesem Schluss gekommen und hat begonnen, das Atombombenarsenal nach Rumänien zu transferieren. Dies stärkt zusätzlich die feste Überzeugung Erdogans, die USA stünden direkt hinter dem aus seiner Sicht vom Erzfeind Gülen aus dem amerikanischen Exil organisierten Putschversuch. Wenn es auch sicherlich richtig ist, dass der US-Regierung die eher weltlichen Vorstellungen Gülens, der die Islamisierung der Gesellschaft durch Erdogan in dieser Form ablehnt, bevorzugt, ist doch kaum anzunehmen, dass die Regierung Obama derzeit ein solches Risiko eingehen würde. Dies schliesst aber keineswegs aus, dass der Putsch vom CIA, mit dem Gülen engste Beziehungen pflegt, unterstützt wurde.

Baut die Türkei eine Atombombe?

Es gibt zahlreiche Indizien dafür, dass die Türkei seit längerem heimlich an der Entwicklung einer Atombombe arbeitet. Im Gegensatz zur internationalen Aufregung um den Iran oder Nordkorea ohne Störmanöver von Aussen. Im Jahre 2011 bestellte die Türkei bei der russischen Firma Rosatom und einer japanisch-französischen Unternehmergruppe drei Reaktorkomplexe für Atomkraftwerke an der Mittelmeerküste. Die Tatsache, dass alten Brennstäbe weder zurück genommen noch entsorgt wurden, liess den deutschen Bundesnachrichtendienst BND hellhörig werden. Im gleichen Jahr beauftragte Erdogan seine Rüstungsindustrie mit der Entwicklung von Langstreckenraketen. Ganz unerfahren ist die Türkei im Atombomben-Business nicht. In den 80er Jahren wurden die geheimen Teile für die pakistanische Bombe über die Türkei angeliefert. Ohne weitere mediale Resonanz wurden diese Informationen bereits im Jahr 2014 durch Hans Rühle, ehemaliger Leiter des Planungstabes im deutschen Verteidigungsministerium, in der «Welt» publiziert. Bis jetzt stellen sich die imperialistischen Mächte offensichtlich nicht ernsthaft gegen die Ambitionen Erdogans, die Türkei zur Weltmacht aufzubauen.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Farbanschlag auf Griechische Botschaft in Bern

Wir haben am 3.8. den Gemeinschaftseingang des Botschaftsgebäudes von Griechenland mit Farbe angegriffen.

Am 27.7.2016 räumte die griechische Polizei drei in der Stadt Thessaloniki besetzte Häuser. Menschen aus aller Welt - mit oder ohne Papiere - wurde mit der Räumung der Wohn- und Austauschprojekte «Hurriya», «Orfanotrofeio» und «Nikis» Raum für selbstorganisiertes Wohnen und Leben genommen.

Sich zu diesem Zeitpunkt in den Gebäude befindende Menschen wurden in Lager gebracht oder in Knäste gesteckt.

Wir stellen uns gegen die Kriminalisierung von selbstorganisierten, antiautoritären Projekten und unterstützen die Vision einer selbstbestimmten, autonomen Lebensweise, welche im Gegensatz zur Repression des Staates steht.

Als Reaktion auf das Vorgehen des griechischen Staates haben wir am 3.8 den Gemeinschaftseingang des Botschaftsgebäudes von Griechenland mit Farbe angegriffen.

Unsere Liebe zur Freiheit ist grösser als jede Repression!

Zürich: Angriff auf Polizeiposten

In der nacht vom 27. Juli haben wir den Polizeiposten an der Röslistrasse 10 in Zürich mit Farbe angegriffen. Diese Tat war ein kollektiver Bruch mit der Realität und einem Leben, das geprägt ist durch Überwachung, Kontrolle und Unterdrückung.

Dieser kurze Moment hat uns ein Lächeln ins Gesicht gezaubert.

Es war ein Stinkfinger an die Wächter*innen einer Gesellschaft, die unsere Sexualität in Normen zwängt, Menschen einsperrt, die nicht in die Konstrukte von Nation und Verwertung passen. Es war ein Mittelfinger an eine Gesellschaft, die unsere Zeit durch Lohnarbeit tötet und jeden Moment unseres Lebens mit der Konsumlogik verpestet...

Es war ein «ihr seid Arschlöcher» an alle Richter*innen, Bullen, Politiker*innen und alle Menschen die dieses Knastsystem weitertragen und manifestieren.

Es war ein solidarischer Gruss an alle revolutionären Kämpfer*innen.

Es war ein solidarischer Gruss an die rigaer94.

Es war ein solidarischer Gruss an die Gefangenen von Basel. Wir wünschen euch viel Kraft.

Es war ein solidarischer Gruss an alle Gefangenen, die sich mit ihren Worten und Taten gegen dieses System stellen.

Für ein Leben ohne Knäste!

Für die Freiheit!

Für die Anarchie!

(Beide Meldungen auf Indymedia.ch gefunden)



Neue Kampagne zu Rojava. Bringen wir ihnen eine politische und materielle Unterstützung, indem wir blutungsstoppende Pflaster (CELOX) finanzieren. 60 Prozent der Toten durch Schussverletzungen sterben an Verblutungen, weil der Transport nach der Verletzung zu lange dauert. Die Pflaster stoppen Blutungen schnell und kosten 40\$ pro Stück. Infos folgen.

Neue Streikformen im Spital

CHARITÉ Damit das Unternehmen und nicht das Personal die Last eines Streiks tragen muss, haben AktivistInnen der Klinik Berlin Charité ideenreiche Kampfformen entwickelt. Wir sprachen am Feministischen Politikwochenende (FemWo) mit Noemi, die seit vielen Jahren in der Kerngruppe der Charité aktiv und Mitglied der Verdi Betriebsgruppe ist.

(fk) Noemi arbeitet als Pflegefachfrau an der Charité und war massgeblich am langen und harten Kampf in dieser grossen Klinik beteiligt. Dieser Kampf und die gewählte Streikform setzten für das Gesundheitswesen neue Standards. Nicht nur, weil der Streik erfolgreich war, sondern weil er in vielerlei Hinsicht Vorbildcharakter hatte: Er ist ein Beispiel für langfristige Basisarbeit, durch welche immer breiteren Teilen des Personals eine Beteiligung ermöglicht wird. Die durchschlagende Erneuerung aber ist die Entwicklung einer Streikform, die dem Betrieb wirtschaftlich weh tut. Während bisherige Arbeitsniederlegungen im Spital meist grosse Mehrarbeit für die nicht-streikenden PflegerInnen bedeutete, da PatientInnen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden können, gelang es in diesem Fall, den Streik an einen Aufnahmestopp für PatientInnen zu koppeln. Ausserdem überraschte das Personal der Charité durch die Hauptforderung «Mehr Personal!» statt wie bisher die Forderungen auf mehr Lohn zu konzentrieren. Damit griffen sie in einen Bereich ein, der ihnen offiziell verwehrt ist: die unternehmerischen Entscheidungen der Direktion. Der Angriff zielt auf die gegenwärtige Entwicklung der kontinuierlichen Produktivitätssteigerung im Gesundheitswesen.

Zwang zur Produktivitätssteigerung

Produktivitätssteigerung im Spital erfolgt hauptsächlich dadurch, dass das Personal mehr «Fälle» betreuen muss, was mittels der Fallkostenpauschale, kurz DRG, durchgesetzt wird. Jedes Jahr wird die neue Durchschnittspauschale und Normliegedauer neu berechnet und festgelegt. Das führt dazu, dass die Durchschnittswerte tendenziell sinken, weil alle Spitäler darum bemüht sein müssen, unter den Durchschnittskosten zu wirtschaften, damit Profit winkt. So wurde die Produktivität im Gesundheitswesen von 1998 bis 2013 um 3% gesteigert. Einmal mehr müssen wir feststellen: Der Gesundheitsbereich ist für das Kapital hochinteressant und die Ökonomisierung in vollem Gange leider erfolgreich.

Die Fallzahlen aus Deutschland sind erschreckend: Sie sind seit 1991 um 26% gestiegen, während die Verweildauer der PatientInnen um 45% gesunken ist und das Personal um 4% reduziert wurde. Dies ist eine massive Arbeitsintensivierung: Weniger Personal muss in kürzerer Zeit mehr PatientInnen behandeln und dies auf Kosten des Personals – und auf der Qualität der Pflege.

Das eindrückliche Beispiel aus der Charité zeigt, wie erfolgreich gegen diese Entwicklung gekämpft werden kann. Noemi ist Mitglied der Verdi-Betriebsgruppe und war an einem Workshop am diesjährigen Feministischen Wochenende (FemWo) zu Gast. Dieses antikapitalistische Wochenende fand zum zweiten Mal vom 14. bis 17. Juni in Zürich statt, rund 180 Frauen nahmen teil. Noemi erzählte vom 4-jährigen Kampf für einen besseren und fixen Personalschlüssel. Dies bedeutet, dass pro Pflegeperson für eine festgelegte Anzahl an PatientInnen gekämpft wurde. Diese Forderung ist hochbrisant und greift die oben genannte Entwicklung der Produktivitätssteigerung an. Nicht verwunderlich ist, dass die Direktion sofort geklagt und argumentiert hat, die «unternehmerische Freiheit» werde angegriffen. Die sei ein politischer Streik und somit illegal. Das Gericht hat anders entschieden und lies verlauten: «Die unternehmerische Freiheit hört da auf, wo der Gesundheitsschutz für die Beschäftigten anfängt» ein erstaunlicher Entscheid von einem bürgerlichen Gericht und ein erster, wichtiger Sieg.

Vom Delegationsstreik zum Stationsschliessungsstreik

Streiken im Krankenhaus ist keine leichte Sache: Es gab in Deutschland bis 1989 praktisch keine Streiks in Spitälern. Wenn, dann meistens in Form des Delegationsstreiks, was bedeutet, dass die einen draussen streiken, während andere drinnen PatientInnen weiter betreuen. Eine denkbar schlechte Streikform: Erstens bedeutet dies eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Weiterarbeitenden, um den Notfallbetrieb aufrecht zu erhalten. Zweitens ein schlechtes Gewissen und moralischer Druck bei den Streikenden gegenüber KollegInnen und PatientInnen. Und drittens keine ökonomische Einbusse für die Klinik – was für einen Streik



Streikende und UnterstützerInnen gemeinsam an der Demo in Berlin.

besonders hinderlich ist. «Wir brauchen ein neues Konzept. Wir müssen die Möglichkeit haben, gemeinsam und ohne schlechtes Gewissen zu streiken!» überlegten sich Noemi und ihre KollegInnen. So entwickelten sie die Idee eines Betten- und Stationsschliessungsstreiks: Eine Woche vor dem Streik wird der Krankenhaus-Direktion mitgeteilt, welche Stationen bestreikt werden. Diese hat Zeit, die betroffenen Stationen zu räumen und geplante Operationen zu verschieben. Die Probleme des Delegationsstreiks werden so umgangen, «denn wo keine PatientInnen sind, können auch keine gefährdet werden», so Noemi. Die Einsicht wirkt banal, ist aber für die Spitalmitarbeitenden eine enorme Erleichterung: Erstens wird den Bossen die moralische Keule der PatientInnen-Gefährdung entrissen – ein oft eingesetztes «Totschlag»-Argument. Zweitens können alle Angestellten gemeinsam streiken und drittens verliert das Krankenhaus viel Geld pro Streiktag. Noemi erzählt: «Wir haben es geschafft, mit dieser Streikform 1500 von 3000 Betten zu bestreiken. Dadurch ging pro Tag etwa eine halbe Million Euro verloren. Und wir setzten die Forderung nach 300 Euro mehr Lohn in nur fünf Tagen durch.» Doch das war erst der Anfang: «Geld ist zwar gut und schön, aber eigentlich brauchen wir mehr Personal! Wir sind gestresst und überfordert, wir machen Überstunden, haben Angst, Fehler zu machen und können unseren Arbeitsidealen nicht mehr gerecht werden.»

Sorgfältige Basis- und Aufbauarbeit

Grundlage für den erfolgreichen Streik ist eine langjährige Basisarbeit, die ihresgleichen sucht. Die Tarifkommission (20 Verdi-Mitglieder plus die Gewerkschaftssekretärin) erschien zu klein, um die Charité zu repräsentieren. Sie wurde ergänzt durch sogenannte TarifberaterInnen – aus jedem Stationsteam ein Delegierter –, deren Aufgabe es war herauszufinden, was die Mitarbeitenden wollen. Diese Informationen wurden in die Tarifkommission getragen und dort die entsprechenden Forderungen aufgestellt. Anfangs waren zehn AktivistInnen rund um die Verdi-Betriebsgruppe in der Kerngruppe. Sie schafften in aufwendiger Gratisarbeit, durch Gespräche mit den Mitarbeitenden und durch politische Schulungen, dass aus den meisten Pflegebereichen VertreterInnen teilnahmen. Die Anzahl der Teilnehmenden an den Sitzungen stieg so bis auf rund 100 Personen an. Zu Beginn gab es vor allem auf Bundesebene mit Verdi Konflikte, «weil die Bundesebene selbst gerne auf diese gesetzliche Per-

sonalbemessung hinarbeiten wollte. Das war zwar wichtig, aber wir sagten, dass wir nicht 10 Jahre warten wollen, sondern forderten JETZT eine Verbesserung. Das erreichen wir einfach mit Tarifkämpfen.» Das heisst, mit Streiks und Mobilisierungen der Basis. Die Gewerkschaft wurde gezwungen, mitzuziehen: «Der Gewerkschaft blieb nichts anderes übrig und meinte schliesslich «Nun seid ihr schon losgelaufen, also unterstützen wir euch». Anfangs stellte sich auch Verdi auf den Standpunkt, eine Forderung nach fixem Personalschlüssel sei rechtlich nicht zulässig. Erfreulicherweise wurde an der Charité die Gewerkschaft von der eigenen Basis gezwungen, wieder ihrem Kerngeschäft nachzugehen: die Mobilisierung im Betrieb.

Ein Sieg mit Signalwirkung

Schliesslich begann die gestärkte Tarifkommission 2013 die Verhandlungen mit den Bossen. Noemi fasst diese Verhandlungen lakonisch als «total gescheitert» zusammen. So trat das Pflegepersonal im Juni 2015 – nach zwei Warnstreiks – in den unbefristeten Streik, der rund 10 Tage dauerte.

Wichtig war, dass sich ausserhalb der Klinik eine Gruppe aus der Bevölkerung solidarisierte, Flugblätter verfasste und Aktionen durchführte. Derartige Bündnisse sind nicht nur wichtig, weil die erlebte Solidarität den Streikenden Kraft und Mut gibt, sie erfüllen im Idealfall auch praktische Funktionen, die den Angestellten verboten sind. Ebenso unterstützt eine Debatte über Pflegequalität und die öffentliche Meinung darüber den Kampf, da ein schlechtes Image geschäftsschädigend wirkt. So gelang dem Streik an der Charité das, was im Gesundheitsbereich ausserordentlich ist: Über den ökonomischen Hebel erkämpfte sich ein entschlossenes Personal einen Vertrag, in welchem der Personalschlüssel von Station zu Station neu festgelegt und somit diskutiert werden muss.

In diesem Herbst sind weitere Kämpfe im Gesundheitswesen angesagt, beispielsweise im Saarland, wo alle Kliniken kämpfen wollen. Sie werden sich alle am Beispiel der Charité orientieren. Es ist anzunehmen, dass die Basis und Verdi von Anfang an zusammenarbeiten werden. Allerdings wissen die UnternehmerInnen nun auch besser, was sie erwartet. Es ist zu hoffen, dass in anderen Kliniken ähnlich entschlossene PflegerInnen wie Noemi tätig sind, welche die sich stellenden Probleme ideenreich zu lösen verstehen.



Im Bild

Die streikenden HafendarbeiterInnen von Le Havre demonstrieren mithilfe des Künstlers «JR» ihren Kampfwillen. Das Bild entstand im Juni 2016, mitten in den Kämpfen gegen die «Loi Travail». Die Regierung um Präsident Francois Hollande und Premierminister Manuel Valls dachten wohl Kriegsstimmung und Terrorangst würden den Boden bereiten, um den neoliberalen Angriff auf die Lohnabhängigen erfolgreich durchzusetzen. Doch nun sehen sie sich mit einem ausdauernden, sich radikalisierenden Widerstand konfrontiert. Interessant an diesem französischen Aufflammen des Klassenkampfes ist vor allem auch der teilweise Zusammenschluss von «klassisch» gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen und perspektivlosen Jugendlichen. Die Dockers von Le Havre nehmen bei diesem Brückenschlag eine Symbolrolle ein, da sie sich bei den militanten Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Ausnahmezustandsbulln klar hinter die kämpfende Jugend stellen.

Ungenutzte Brachen und Gebäude besetzen: acht Monate unbeding

PROZESS Am 4. November findet in Zürich ein politischer Prozess gegen einen Genossen statt. Es geht um Delikte, die allesamt bei Aneignungen des Raums in der Stadt Zürich stattfanden.

(agj) Die Europaallee-Überbauung in Zürich ist schon sehr bald bei der Langstrasse angelangt. Dort trifft sie auf der gegenüberliegenden Seite der Strasse auf die empor-schiessenden modernen Paläste an der Neufrankengasse. Die Stadtaufwertung ist wie in anderen Städten auch in Zürich mit Grossprojekten verbunden. Sehr schnell wandelt sich das Bild verschiedener Quartiere. Das Beispiel der Europaallee ist in Zürich eines der offensichtlichsten. Wo vor wenigen Jahren noch Occasions-Autohändler und ältere Wohnhäuser standen, sind jetzt hohe Glas-Beton-Bauten hochgezogen worden, die überall auf der Welt stehen könnten. Diese rasante und massive Stadtaufwertung lässt Widerstand aufkeimen und immer wieder Mal bewegt sich dazu was. Mit verschiedenen Mitteln und aus verschiedenen linken Positionen wird versucht, für eine Stadt zu kämpfen, die nicht durch die Vertreibung von BewohnerInnen zugunsten des Profits gekennzeichnet ist. Es ist kein Zufall, dass während einem «Reclaim the Streets»-Umzug 2014 gerade bei der Europaallee Scheiben eingeschlagen wurden.

Bewegung gegen Gentrifizierung

Der Widerstand gegen Gentrifizierung und Profitmaximierung in der Immobilienbranche wird vom Staat als Gefahr erkannt, schliesslich bedroht dieser die staatlichen Interessen in der sogenannten «Stadtaufwertung». Ein Beispiel für die Vehemenz, mit der der Staat dem Widerstand begegnen will, ist ein juristischer Prozess gegen einen Genossen. Die Staatsanwaltschaft fordert acht Monate unbedingte Haft – derweil geht es inhaltlich um mehrere Anlässe bei denen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Gewalt und Drohung gegen Beamte begangen worden sei.

Der erste Fall ereignete sich im Juli 2015 bei der Wiederbesetzung des Binz-Geländes. Die Fabrikhallen der Binz waren in Zürich lange Zeit das grösste besetzte Areal, bis sie 2013 zugunsten einer neuen Überbauung geräumt und abgerissen wurden. Lange Zeit stand die Brache nach dem Abriss leer. Um ein «Dänkmal» zu setzen, wurde die Brache zwei Jahre später für drei Tage wieder besetzt. Der Staatsanwalt will hierin einen Hausfriedensbruch sehen. Am selben Anlass kam es zum Besuch von FDP-Stadtrat Leutenegger auf dem Areal. Als stellvertretender Polizeivorsteher wollte er sich gemäss eigenen Aussagen selber ein Bild vor Ort machen. Angesichts dessen, dass das Areal während dem ganzen Wochenende von der Polizei überwacht wurde, ging es ihm doch wohl eher darum, sich selber zu profilieren. Ein Impuls, dem er sich als TV-Legende kaum erwehren konnte. Wie dem auch sei, auf dem Areal wurde ihm schnell klar gemacht, dass das Areal an diesem Wochenende Platz für viele bietet, aber sicher



Das wiederbesetzte Binzareal im Juli 2015.

nicht für VertreterInnen des Staats. Im Fakt, dass Leutenegger daraufhin vom Platz begleitet wurde, will der Staatsanwalt Gewalt und Drohung erkennen.

Beim zweiten Hausfriedensbruch handelt es sich um die Besetzung einer Turnhalle, die einem Erweiterungsbau des Kunsthause weichen muss. Die Halle wurde besetzt, es gab ein Fest und nach einigen Stunden zog man von dannen. Etwas, das in Zürich – wie wohl in vielen Orten – immer wieder vorkommt. Die Halle war zum Abbruch freigegeben und geräumt worden. Viel zu beschädigen, das nicht sowieso bald vernichtet werden würde, gab es nicht. Auf ihre eigene Art war auch diese Besetzung ein Denkmal für eine Liegenschaft, die viele SchülerInnen des Quartiers kannten. Kommen wir zum dritten und (vorerst!) letzten Fall von Hausfriedensbruch. Während in Davos am World Economic Forum darüber diskutiert wurde, was man mit der Welt noch so anstellen könnte, wurde die Bar Kontiki in der Zürcher Altstadt für ein Wochenende besetzt. Der Raum sollte Platz bieten für Diskussionen innerhalb der linken Bewegung, über die Situation der refugees an den Grenzen Europas, neu entstehende SchülerInnen-Protteste oder die Perspektiven in Rojava. Auch hier machte sich die Stadtpolizei bemerkbar und räumte das Lokal.

Wie ist dieser Prozess einzuschätzen?

Wir gehen davon aus, dass das Verfahren nicht durch eine individuelle Abrechnung mit dem Angeklagten oder etwas ähnliches motiviert ist. Bei allen Anlässen,

um die es im Prozess gehen soll, geht es um Momente der (Wieder-)Aneignung von Raum in der Stadt Zürich als Zeichen gegen hiesige Aufwertungsprozesse. Dagegen richtet sich die Anklage, gegen all diejenigen, die die Stadtentwicklung nicht hinnehmen und versuchen, mit verschiedenen Initiativen diesem Prozess zu begegnen. Das sind die eigentlichen AdressatInnen der Anklage. Darum ist die geforderte Haftstrafe so hoch angesetzt. Wohl gemerkt, es geht nicht darum, über die geforderte Strafe zu klagen, sondern darauf hinzuweisen, dass die Staatsanwaltschaft in ähnlichen Situationen, wo die Umstände nicht gleichermassen politisch sind, sehr wahrscheinlich eine viel tiefere Anklage vorbringen würde. Ein Muster, das sich auch bei anderen Prozessen wegen Besetzungen in der Stadt Zürich in den vergangenen Monaten immer wieder gezeigt hat.

Damit dieser Angriff ins Leere läuft, braucht es Solidarität. Die Repression darf nicht so wirken, wie es sich der Staatsanwalt erhofft. Im Gegenteil, wir wollen den Prozess dazu nutzen, um über die Stadtentwicklung in Zürich und den Kampf dagegen zu reden. Dazu laden wir alle ein, am 4. November um 8.30 Uhr am Bezirksgericht Zürich am Prozess teilzunehmen. Es wird rund um den Prozess auch Veranstaltungen und ähnliches geben. Wir finden es wichtig, rund um den Prozess die Legitimität verschiedenster Initiativen gegen die Stadtentwicklung zu verteidigen und sich darüber auszutauschen, wie man voneinander lernen kann. Wenn, dann gehört nämlich der Stadtaufwertung der Prozess gemacht!

Elektrizitätswerk der Stadt Zürich: Dauerbrenner der Privatisierung

ARBEITSKAMPF Wenn in der Krise die Profite sinken, nimmt der Privatisierungsdruck im öffentlichen Sektor allgemein zu. Im Konkreten geschieht diese Entwicklung manchmal unspektakulär, etwa mit dem taktischen Schritt zur «Ausgliederung einer Dienstabteilung» aus der Stadtverwaltung. Den Preis bezahlen aber die Werktätigen; Widerstand ist auf verschiedenen Ebenen notwendig und lohnt sich auch.

(az) Derzeit sucht das Kapital krisenbedingt noch stärker und intensiver nach neuen Investitionsmöglichkeiten als dies in prosperierenden Phasen sowieso der Fall ist. Mit dem Dienstleistungsabkommen «TISA» (Trade in Services Agreement, siehe Aufbau Nr. 79 und 83) wird diese Zielsetzung auf Staatenebene unterstrichen. In den Fokus geraten viele vormals öffentliche Dienstleistungen, besonders auch die Energie- und Stromproduktion. In der Schweiz sind die grossen Energiekonzerne mehrheitlich als Aktiengesellschaften organisiert und damit primär dem Profit verpflichtet. Diesbezüglich stellen die Axpo Holding sowie die Alpiq Holding die grossen Konzerne der Branche dar, welche einen Grossteil der Stromproduktion- und Verteilung konzentrieren. Es erstaunt also nicht, dass das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich als städtische Dienstabteilung sehr grossem Privatisierungsdruck ausgesetzt ist. Was heute als «Ausgliederung» thematisiert wird, soll perspektivisch dazu dienen, die Privatisierung zu ermöglichen.

Lukrativer Strommarkt und Standortvorteil

Wenn in Zürich in den letzten zwanzig Jahren von Privatisierungen städtischer Betriebe die Rede war, dann war oft auch das EWZ gemeint. Denn der Strommarkt gilt erstens in allen Industriestaaten als sehr lukrativ und zweitens interessiert sich die Stadt Zürich im Wettrennen der Standortpolitik brennend für eine Strompolitik im Interesse der (Gross-)Konzerne. Ist der Strommarkt nämlich erst privatisiert, kann mit Grosskunden ungeniert gedealt werden; und dies ohne die Gefahr, dass sich die Bevölkerung weiter einmischen wird. Auch Strompolitik ist Klassenpolitik und Klassenkampf von oben. Die Unternehmen lassen sich dabei nicht gerne stören. Dieses Verhalten zeigt zwei Dinge auf: Es ist erstens nicht der Staat, der vor bösen kapitalistischen Raubtieren geschützt werden muss. Denn dieser Staat ist selber bestrebt, die Privatisierungen voranzutreiben. Zweitens sind es konkrete Arbeitsbedingungen und eine Stromversorgung, die von den PrivatisiererInnen im Namen des Profits angegriffen werden, wenn heute Wörter wie «Ausgliederung» oder «Liberalisierung» im Zusammenhang mit dem EWZ verwendet werden. Es sind diese Arbeitsbedingungen und die Bedingungen der Stromversorgung, um welche es sich zu kämpfen lohnt.

Heute ist das EWZ (immer noch) eine Dienstabteilung der Stadt Zürich, sie hat also als Teil der Stadtverwaltung einen öffentlichen Auftrag gegenüber der städtischen Bevölkerung. Es ist hier schwieriger als anderswo, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern oder die Strompreise ohne weiteres zu verändern. Die Kollektivität ist in einem Staatsbetrieb tendenziell höher als in einem ausgegliederten Unternehmen, welches alle vier Jahre mit Lohnrückerei und ähnlichen Mitteln um die Gunst des Staates kämpfen muss. Ein ausgegliedertes Unternehmen hat nämlich auch eine «ausgegliederte Belegschaft», die zu ihren KollegInnen von anderen Betrieben in Zukunfts in stärkerer Konkurrenz stehen soll. Das erschwert die gewerkschaftliche Betriebsarbeit erheblich und für gute Gesamtarbeitsverträge wird die Luft dünn, sobald es in Richtung Privatisierung geht.

Volksabstimmungen und Exponenten der Privatisierungen

Vor sechzehn Jahren, am 18. Juni 2000, erlebte das EWZ bereits einen ersten Privatisierungsangriff unter Stadtrat Thomas Wagner. Es kam zur Volksabstimmung um die «Ausgliederung» des Elektrizitätswerkes. Ausgliederungen sind jedoch immer Vorberedungshandlungen zur Privatisierung. Das zeigen zahllose Beispiele. Das jüngste ist vielleicht das Kantonsspital Winterthur, bei dem sich nach der Ausgliederung heute die Privatisierung scheinbar unumkehrbar aufdrängt. Sind einmal die Fakten geschaffen, dann gibt es selten wieder ein Zurück. Das wissen die TaktiererInnen in Amtsstuben und Konzernleitungen. Mit «Ausgliederung» ist gemeint, dass sich die Rechtsform des EWZ in eine Aktiengesellschaft im Besitze der Stadt oder in eine öffentlich-rechtliche Anstalt verwandeln würde; sie würde «verselbständigen» unter vorläufiger Kontrolle der Stadt. De Facto wäre das



Städtische Angestellte kämpften schon 2011 gegen Abbaupläne.

zwar noch keine Privatisierung, aber es würden damit alle notwendigen Voraussetzungen für eine Privatisierung geschaffen. Der Schritt zum Verkauf an Private wird vorbereitet.

Die Bourgeoisie argumentierte in Hinblick auf die Abstimmung im Juni 2000 schon damals gleich wie heute. Conrad Ammann, damaliger Direktor des EWZ, brachte es auf den Punkt wenn er sagte: «Strategien und wichtige Entscheide können (heutzutage) nicht mehr monatelang in der Öffentlichkeit diskutiert und so den Konkurrenten offengelegt werden. Mut zum Risiko, schnelles Handeln, Geheimhaltung sind gefragt – alles Anforderungen die nicht so recht zu einer städtischen Dienstabteilung passen.» Deutlicher kann nicht ausgedrückt werden, dass es hierbei um Profit und nur nachgelagert um eine sichere und ökologische Stromversorgung geht. Es geht um Konkurrenz zwischen den verschiedenen Anbietern, um die unweigerliche Logik der kapitalistischen Produktionsweise. Unterstützt wurde Conrad Ammann dabei vom Zürcher Stadtrat in der Person von Thomas Wagner.

Während damals im Hintergrund schon Gespräche mit dem US-amerikanischen Energiekonzern Enron geführt wurden, wurde die städtische Volksabstimmung zum Bedauern der PrivatisiererInnen abgelehnt. Die Kampagne wurde damals von den gut organisierten Angestellten und unabhängig von den grösseren Gewerkschaften geführt und gewonnen. Enron als privater Energiekonzern geriet nur ein Jahr später aufgrund fortgesetzter Bilanzfälschungen in die Medien. Damit sorgte der Konzern für einen der grössten Unternehmensskandale der US-amerikanischen Geschichte. Freuen durften sich Conrad Ammann und Altstadtrat Thomas Wagner aber trotzdem: Der eine ist jetzt Verwaltungsrat bei der Energie AG Alpiq. Der andere konnte sich ein einträgliches Pöstchen als Aufsichtsrat beim mittlerweile privatisierten Stadtzürcher Gaswerk Energie 360° schnappen. Die Bourgeoisie dankt den Privatisierungsexponenten auf ihre Weise.

Gegenwärtig wird im Zürcher Parlament wieder eine Vorlage zur Ausgliederung des Elektrizitätswerkes behandelt. Diese wurde im September 2015 unter Stadtrat Andreas Türler (FDP) lanciert. Die Argumentation der BefürworterInnen ist gleich geblieben. Dabei sind heute schon zwei Dinge klar: Diese Vor-Privatisierung muss bekämpft werden und Türler kann sich unabhängig vom Ausgang des Kampfes dem Dank der Bourgeoisie jetzt schon sicher sein. Neben der Ausgliederungsbestrebung werden im EWZ aber gegenwärtig strukturelle Veränderungen vorgenommen, die die Ausgliederung heute schon erleichtern, etwa die Aufgliederung in profitable und unprofitable Bereiche. Ob die Ausgliederung gegenwärtig eine reale Chance haben wird, ist noch unklar. Der Privatisierungsdruck ist aber unweigerlich gestiegen.

Die Sache mit den TISA-Verhandlungen

Was bedeutet die Privatisierung aber für die Standortpolitik? Essentiell für die Stadt Zürich ist, dass nach einer Privatisierung zukünftig Verträge mit Grosskunden gemacht werden können, mit welchen diese den Strom zu nicht kostendeckenden Preisen einkaufen dürfen. Will die Stadt Zürich also im kapitalistischen Standortwettbewerb bestehen können, muss sie den

Konzernen im Zeitalter der Stromprivatisierung plötzlich sehr billigen Strom anbieten und mit anderen «Standorten» mithalten können. Da private Haushalte bisher nicht der Marktöffnung unterstehen, würden diese die dadurch verursachten Verluste mit ihren festen Tarifen bezahlen. Mit der simplen und rein technokratisch anmutenden «Rechtsformänderung» wäre das EWZ indes plötzlich der Öffentlichkeit entzogen.

Zusätzlich zu dieser Entwicklung dürften die Saläre der obersten Kader explodieren, da diese dann nicht mehr dem städtischen Personalrecht unterstehen würden. Aktuell ist der höchste EWZ-Lohn 4,5x höher als der niedrigste. Wenn also diese Ausgliederung durchgesetzt werden sollte, würde mit dem Hinweis auf «Marktüblichkeit» oben kräftig abgesahnt und unten im Rahmen von den altbekannten Sparprogrammen gedrückt werden.

Was heute diesbezüglich geschieht, ist für die gegenwärtigen TISA-Verhandlungen wichtig. Auch die Gegenseite hat aus dem Widerstand gegen Privatisierungen gelernt. So beinhaltet das «Trade in Services Agreement» die sogenannte «Ratchet-Klausel». Gemäss dieser Klausel dürfen einmal vollzogene Marktöffnungen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es ist also notwendig, die konkreten und heute anstehenden Privatisierungen zu bekämpfen und dabei die internationalen Verträge nicht aus den Augen zu lassen.

Dass der Kampf im Betrieb und jener auf der Strasse zwei Seiten der gleichen Medaille sein müssen, zeigt sich am Beispiel der Privatisierungsangriffe. «Liberalisierungen» haben nur für das Kapital etwas mit Freiheit zu tun.

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

Fortsetzung von Seite 1

Wie erwartet, hat Tsipras in seiner neusten Amtsperiode keines seiner zentralen Wahlversprechen umgesetzt. Statt die Kreditbedingungen neu zu verhandeln, haben sich diese im letzten Jahr gar noch verschärft. Besonders das im Mai dieses Jahres in einem Eilverfahren durchgeboxte Sparprogramm trifft die griechische Bevölkerung hart. Die 7'500 Seiten umfassenden Reformen wurden erforderlich, um eine weitere Tranche des 86 Milliarden Euro schweren dritten europäischen Hilfspaketes zu erhalten. Das mittlerweile erhaltene Geld wurde primär dafür gebraucht, anstehende Rückzahlungsverpflichtungen einhalten zu können. Ein Aberwitz in Zahlen: von den 4,9 Milliarden Euro in der neusten Tranche gesprochenen Geldern wurden alleine im Juni und Juli gut 4 Milliarden Euro dafür aufgewendet, um Forderungen des IWF, der EZB und anderer Gläubiger zu decken.

Tsipras neuestes Gesetzespaket enthält zahlreiche indirekte und direkte Steuererhöhungen. Unter anderem wird die Mehrwertsteuer auf Lebens- und Genussmittel erneut angehoben werden. Dem griechischen Staat soll die einprozentige Erhöhung nach wohlwollenden Berechnungen rund 1,8 Milliarden Euro einbringen, der griechischen ArbeiterIn wird dies gleichzeitig rund 810 Euro im Jahr kosten, was einem durchschnittlichen Monatsgehalt entspricht. Ebenso soll das Rentenalter angehoben werden. Auch damit widersetzt sich Tsipras seinen eigenen Versprechen, hatte er doch vor den letztjährigen Wahlen grossmächtig den Ausbau des Sozialstaates versprochen. Dass solche Sparmassnahmen vor allem die ArbeiterInnenklasse treffen und dass die Austeritätspolitik auf das Sozial- und Gesundheitswesen verheerende Auswirkungen hat, ist keine neue Erkenntnis. Neu ist hingegen das Ausmass im Bereich der Privatisierung.

Rein in den Privatisierungsfonds

Schon vor dem Gesetzespaket vom Mai sah es für das griechische Staatseigentum nicht gut aus. Wichtige Immobilien und staatseigene Firmen sollten seit 2011 über den Staatsfond HRADF (Hellenic Republic Asset Development Fund) an internationale Investoren verschert werden. Betroffen davon waren unter anderem Flughäfen, Häfen oder Teile der griechischen Rüstungsindustrie. Als bisher grösste Massnahme wurde im April 2016 der Verkauf von 51 Prozent der Anteile des Hafens von Piräus an die chinesische Reederei Cosco bekannt gegeben. Dafür erhielt Griechenland rund 368,5 Millionen Euro. Noch 2009, als Cosco zum ersten Mal einen Teil des Hafens kaufte, besuchte Tsipras die streikenden HafentarbeiterInnen und verurteilte die Teilprivatisierung als «kolonialistisch». Mittlerweile ist sich Tsipras nicht zu schade von einer «hervorragenden Kooperation» mit dem chinesischen Unternehmen zu sprechen.

Im Juli wurde zudem bekannt, dass die staatliche Eisenbahngesellschaft Italiens für gut 45 Millionen Euro die griechische Bahngesellschaft Trainose aufkaufen werde. Für diesen läppischen Preis gibt es heute nicht mal mehr einen überzeugenden Fussballspieler. Auch hier sei daran erinnert, dass Syriza genau weiss, was sie tut. Noch 2013 verurteilte sie den Versuch der konservativen Regierung das Bahnunternehmen für 300 Millionen Euro zu verschern als «einen totalen Ausverkauf», mittlerweile, mit Regierungsmacht ausgestattet, wird ein solcher Ausverkauf als Erfolg des kleineren Übels verkauft.

Als ob dem nicht schon genug wäre, sollen neu fast sämtliche Besitztümer des Staates, darunter gut 71'500 Immobilien und 597 Inseln, in einen Fonds der Hellenic Holdings and Property Company (EESP) übertragen werden. Darunter fällt auch ein grosser Teil der bisher im HRADF gehaltenen Besitztümer. Neu erhält der entsprechende Fonds, an dessen fünfköpfiger Spitze auch zwei VertreterInnen der Troika sitzen, ab 2018 für 99 Jahre das Recht, das staatliche Eigentum verkaufen zu dürfen. Auf kritische Worte an dieser ausserordentlich langen Laufzeit liess die griechische Regierung lapidar verlauten, dass dies eine «international übliche Praxis» darstelle.

Die abschliessende Liste, welcher Staatsbesitz Bestandteil des neuen Fonds sein wird, ist noch nicht öffentlich. Aber Einsprüche aus der eigenen Fraktion haben schon bekannt gemacht, dass Bereiche der Gas-, Wasser- und Stromversorgung wie auch Teile des öffentlichen Personennahverkehrs vom neuen Fonds ausgenommen sein sollen. Doch das neue Gesetz hält auch hierfür eine Lösung bereit. So können Firmen und anderes Eigentum neu per Ministerentscheid und nicht mehr über den Abschluss des Parlaments in den Privatisierungsfonds übertragen werden. Das bedeutet, dass wenn es beispielsweise einem Minister zukünftig danach ist, den Strommarkt zu privatisieren, dann kann er dies neu per Amtshandlung durchführen lassen. Wenn man bedenkt, mit welchem Tempo die griechische Regierung bisher ihre Sparpolitik durchgedrückt hat, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die von den Privatisierungsmassnahmen

verschonten Staatseigentümer im neuen Privatisierungsfonds aufgenommen werden.

Automatismus erspart Umerziehung

Dem jüngsten Gesetzespaket wurde zudem ein automatischer fiskaler Stabilisator eingebaut. Das ist, auf Deutsch, ein Schraubstock: wenn zukünftig festgestellt werden wird, dass die Sparziele verfehlt wurden, dann werden nun automatisch alle Staatsausgaben – mit Ausnahme der Landesverteidigung und des Arbeitslosengeld – gekürzt. Betroffen sind insbesondere staatliche Löhne und die Renten. Was die Bevölkerung hart treffen wird, erspart Tsipras und allen anderen zukünftigen Regierungen zusätzlichen Ärger. Denn wenn etwa Rentenkürzungen zukünftig automatisch in Kraft treten, dann kann das Parlament unliebsamen Abstimmungen entgehen und alle Schuld bezüglich Kürzungen von sich weisen. Diese neue Situation ist nicht zuletzt deswegen so zynisch, weil die Syriza-Regierung ihre Politik beständig damit verteidigt, dass es keine Alternative zu den aktuellen Sparmassnahmen gebe. Bedenkt man den neuen Automatismus – ein Gesetz, das als Gegenvorschlag zum Massnahmenkatalog der Eurogruppe von der Tsipras-Regierung selbst erarbeitet wurde – dann ist es aber gerade die Syriza, die an neuen Systemzwängen gearbeitet.

Entmachtung und Perspektive

Die automatische Kostensenkung und der neue Privatisierungsfonds bedeuten eine schleichende Entmachtung des griechischen Parlaments. Dies ist nicht deshalb so gefährlich, weil Parlamente generell bessere Entscheidungen treffen würden, sondern weil dies ein Versuch darstellt, eine dem europäischen Finanzzentrum genehme Austeritätspolitik an der Peripherie der EU langfristig festzuzurren. Ob die Entmachtung nationale Entscheidungsfelder anhand finanzpolitischer Automatismen zu einem strategischen Ziel der Troika geworden ist oder ob sich die Syriza-Regierung vielmehr in voreilem Gehorsam ins eigene Fleisch geschnitten hat, muss sich erst noch zeigen. Sicher ist hingegen, dass die Troika in der Syriza für jegliche Austeritätspolitik einen hervorragenden Partner gefunden hat.

Syrizas bisherige Politik hat auch Einfluss auf den Widerstand von unten. Zwar gab es im vergangenen Frühjahr erneut Demonstrationen und Streiks, die Beteiligung war jedoch geringer als in den vorherigen Jahren. Dies mag mit einer Protest- und Politikmüdigkeit nach bald fünf Jahren Austerität zusammenhängen, aber auch mit der Vorherrschaft von Syriza unter den Linken. So absurd es klingen mag, erreicht Syriza mit ihrer Politik des kleineren Übels durchaus einen Teil derjenigen Leute, die in den vorherigen Jahren noch auf die Strasse gingen.

Anders sieht es hingegen im gewerkschaftlichen Widerstand aus, wo Syriza traditionell wenig Einfluss hat. Dass der Personennahverkehr bisher von den Privatisierungsmassnahmen ausgenommen wurde, hängt auch mit der Streikbereitschaft der Belegschaft zusammen. Ebenso legten die Hafentarbeiter von Piräus und Thessaloniki aufgrund der Sparmassnahmen und wegen dem Verkauf an die chinesische Reederei für mehrere Wochen ihre Arbeit nieder. Inwiefern hier jedoch Erfolge errungen werden können, wird sich erst noch zeigen müssen.

Ein Labor für TTIP, Tisa & Co.

Was in Griechenland geschieht wirkt sich auf die Situation hier aus; es lohnt sich deshalb, Lehren daraus zu ziehen. So massiv die Konfrontationen in Griechenland sind, haben sie doch auch geschichtliche Vorläufer, aus denen wir lernen können. Die Aufstände in Lateinamerika gegen die Strukturanpassungsprogramme des IWF in den 80er Jahren richteten sich gegen viele ähnliche Eingriffe. Damals liefen diese Kämpfe an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems. Mit der Krise ab 2008 sind sie ins Zentrum, nach Europa, gewandert. Gegenwärtig weiten sich die entsprechenden Angriffe vom südosteuropäischen Rand in den reichen Norden aus. So ist Griechenland ein Labor für die Unterwerfung unter Regelwerke des Kapitals wie Tisa oder TTIP. Privatisierung und Sozialabbau finden auch hier statt – die «Experimente» werden auch umgesetzt. Häufig werden Krisenmassnahmen mithilfe des Schocks der Krise eingeführt und dann auf Dauer gefestigt, wie beispielsweise mit den Gesetzen zur Flexibilisierung der Arbeit in Frankreich oder mit der Kurzarbeit bei uns. Deshalb hat der gegenwärtige Raubzug in der griechischen Krise ganz direkte Lehren für uns hier.

Termine

28.9. Sparen bekämpfen. Revolutionärer Block an der Demo gegen Sparmassnahmen in Zürich.
Treffpunkt: 18:00 Bürkliplatz.
8.10. Privatisierungen stoppen. Revolutionärer Block an der Demo gegen TISA / TTIP in Bern.
Treffpunkt: 15:00 Bundesplatz.

KOMMENTAR

Angriffe auf unsere Lebensbedingungen

Das Kaputtsparen und die verschärfte Profitlogik betreffen uns in ganz verschiedenen Bereichen: als KonsumentInnen die steigenden Preise von Lebensmitteln; als PendlerInnen in Zug, Tram und Bus die teureren Abos; als ArbeiterInnen und Angestellte ein neuer Stress im Betrieb; als Arbeitslose noch mehr stupide Kontrolle auf den Ämtern; als Leute mit einem andern Pass die drohende Wegweisung; als Leute, die krank werden, die Fallkostenpauschale im Spital; als SchülerInnen, Lehrlinge und Studis das Punktesammeln im Lehrbetrieb; als Leute, die älter werden die gekürzten Renten.

Das sind Einschnitte in ganz verschiedenen Lebenslagen. Deshalb lassen sie sich nicht einfach auf einen einzelnen Nenner bringen. Das macht es schwierig, das Gemeinsame darin zu erkennen: «Für mich egal – ich bin ja noch nicht 65, habe einen Schweizer Pass, fahre mit dem Velo und nicht dem Tram», und so weiter. Entsolidarisierung geschieht durch handfeste Faktoren. Aber gerade weil die Einschnitte unsere verschiedenen Rollen betreffen, die wir in der Gesellschaft haben, ist es um so wichtiger, zu sehen, was all die einzelnen Verschärfungen und Abbaumassnahmen mit einander verbindet. Tisa, TTIP, die Auflagen der Troika in Griechenland – lauter verschiedene Fronten, aber allesamt Angriffe auf unsere Lebensbedingungen.

Diese Angriffe sind nicht neu, aber sie erfahren in der Krise eine Verschärfung und werden Teil einer ganz bestimmten Strategie. Es geht um die Abwälzung der Krise auf die Arbeitenden und um einen Raubzug des Kapitals auf neue Sektoren. Das eine ist die Vergesellschaftung der Verluste: die Massen – und nicht die Banken und ihre Aktionäre – bezahlen für die Krise. Das andere ist der Raubzug: der Vorstoss des Kapitals durch Privatisierung und die Ausweitung der Profitlogik in neue Bereiche.

Diesen Krisenangriff – Abwälzung und Offensive zugleich – kann man nicht stoppen, indem man auf den Staat baut. Der Sozialstaat selbst war das geschichtliche Ergebnis, mit dem aufbegehrende Massen eingezäunt und verwaltet werden sollten. Er war gleichermassen Errungenschaft wie Befriedung der ArbeiterInnenbewegung, weil er auch Abschottung gegen aussen und gegen ganz unten bedeutete. Heute, in den globalen Kampfjahren, gibt es kein Zurück zum schottendichten Sozialstaat.

Dies festzustellen heisst natürlich nicht, dass uns Sozialabbau egal sein soll, im Gegenteil. Es geht vielmehr darum, in jedem einzelnen Kampf das Gemeinsame von unten herauszuarbeiten und zu zeigen, wo die Trennlinie gegen die Profitlogik und gegen das Verwalten von Forderungen liegt. Dazu gehört, Kämpfe um Staatsbetriebe nicht durch die Brille von «KundInnen» zu sehen, sondern als Momente, in denen ArbeiterInnen ihre Interessen durchsetzen. Nicht auf einen reformierten Staat bauen, sondern zeigen, wo die Widersprüche und wo die Solidarität von unten sind, das ist eine Strategie gegen den Angriff auf unsere Lebensgrundlagen. (az)

Vor, zurück und wieder vor

VOLKSKRIEG IN INDIEN In den letzten zwei Jahren hat die maoistische Bewegung in Indien erhebliche Rückschläge erlitten. Weshalb dies so ist, erläutert der Generalsekretär der CPI (Maoist) in einem Interview im Maoistischen Informationsbulletin.

(agkkzh) Im kommenden Jahr findet das 50. Jubiläum des Bauernaufstandes von Naxalbari statt. Dieser Aufstand gab 1967 den Startschuss zu einem langen bewaffneten Kampf, der sich bis heute weiterzieht. Nach grossen Einheitsprozessen maoistischer Organisationen zur Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) / CPI (Maoist), und beachtlichem Zuwachs von Guerillazonen in zentralen, östlichen und nördlichen Gebieten Indiens, sowie der Verbreiterung der klandestinen städtischen Stützpunkte, sind in den letzten zwei Jahren die Aktivitäten und Einflussgebiete der maoistischen Bewegung zurück gegangen. Wenn es auch schwierig ist, sich von hier aus ein genaues Bild zu machen, versuchen wir dennoch, die aktuelle Situation der indischen Revolution zu analysieren.

Revolution – Konterrevolution

Seit sieben Jahren befindet sich der Konflikt in einer besonders intensiven Phase. Unter Zuzug hunderttausender Soldaten, Polizisten und paramilitärischer Sicherheitskräfte lancierte die Regierung die «Operation Green Hunt» (OGH), um der mächtigen revolutionären Bewegung Herr zu werden. Im Rahmen dieser Operation versucht die Regierung, sowohl die maoistischen GenossInnen wie auch andere soziale Bewegungen auf verschiedenen Ebenen zu bekämpfen.

Ein Aspekt der Konterrevolution ist die Informationssperre. Legale Massenorganisationen versuchen Zeitungen und Webseiten zu unterhalten, doch werden diese vom Staat gezielt ausgeschaltet. Dies geschieht, indem jene, welche kritisch über staatliche Repression berichten, zu SympathisantInnen oder MithelferInnen des bewaffneten Kampfes erklärt werden und oftmals im Gefängnis landen. Für solidarische Kräfte im Ausland gestaltet es sich daher schwer, sich ein zuverlässiges Bild von der Lage zu machen und sich mit den laufenden Kämpfen zu solidarisieren.

Ziel der Regierung ist die Isolation der revolutionären Bewegung. Die für die OGH aufgebauten Kräfte versuchen jene Gebiete, in welchen die maoistische Guerilla aktiv ist, vom Rest Indiens abzuschneiden. Mit demonstrativer Brutalität soll die Bevölkerung eingeschüchert werden – Dörfer werden niedergebrannt, angebliche Maoistinnen vergewaltigt, hohe Kopfgelder auf führende Parteifunktionäre ausgesetzt, Überläufer Belohnungen versprochen.



Genossinnen der Volksbefreiungs-Guerillaarmee, PLGA

ZickZack-Bewegungen im Volkskrieg

Positiv stimmt, wie die CPI (Maoist) mit dieser Situation umgeht. Sie sieht nicht allein in der Grossoffensive der Konterrevolution und der reaktionären Entwicklung Gründe für die Rückschläge. Sie sehen auch selbstkritisch auf der subjektiven Seite Fehler, die zur schwierigen Situation geführt haben. Kritisiert wird, dass zu wenig Gewicht auf die Vertiefung der Massenbasis im Volk gelegt wurde, die für die Entwicklung des Guerillakrieges von entscheidender Bedeutung ist. Auch habe die Partei zu wenig dafür getan, um ihre Basis bei den LandarbeiterInnen in den Agrarlandgebieten zu stärken. Auch sei es ihnen nicht gelungen, die nicht-bäuerlichen Klassen in den bewaldeten Adivasi-Gebieten, einschliesslich der neu entstehenden Mittelschichten, für die revolutionäre Bewegung zu mobilisieren. Für die Arbeit in städtischen Gebieten seien die Parteikader zu wenig vorbereitet worden, trotz differenzierter Richtlinien im Strategiepapier für die Arbeit in den Städten. Es besteht ein Bedarf, die proletarischen Perspektiven der Partei, in der die GenossInnen der Bauernschaft und der Mittelschicht eine Mehrheit bilden, zu verbessern. Weiter kritisieren sie ihre Mängel bei der Untersuchung und der Formulierung von geeigneten Taktiken angesichts der erheblichen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die in der Gesellschaft und im revolutionären Krieg stattgefunden haben.

Die grösste Herausforderung sieht die CPI(Maoist) darin, die Führung der Partei zu erhalten. In den letzten Jahren sind viele Kader auf allen Ebenen gefallen oder in Gefangenschaft geraten. Die Reproduktion der subjektiven Kräfte und eine noch verdecktere Arbeitsweise zum Schutz vor der Repression sehen sie als eine der zentralen momentanen Aufgaben.

Aber auch die Massenbewegungen sowohl in den ländlichen wie auch den städtischen Gebieten sind geschwächt worden. Ziel ist, die Bewegung wieder zu beleben, dort wo sie bereits existiert und auch in Ge-

biete vorzudringen, wo die Partei noch nicht präsent ist. Für dieses Ziel kann die Partei auf reichhaltige Erfahrungen zurückgreifen und hat ein Bewusstsein darüber, alte Fehler nicht zu wiederholen.

«Aufbauend auf den neuen, einzigartigen und beispiellosen Errungenschaften der letzten Dekade, wird die indische Revolution sicherlich die schwierige Situation überwinden, um neuere, grössere und reichere Siege zu erringen.»
Ganapathy, Generalsekretär der CPI (Maoist)

Ein Lichtblick bilden Meldungen darüber, dass das Bestreben der MaoistInnen, aus der militärischen Belagerung ihrer Gebiete auszubrechen, zumindest punktuell erfolgreich ist und dass in Gebieten, aus welchen die Guerilla vertrieben worden war, erneut maoistische Gruppen entstehen.

Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien – Kampf dem Schweizer Kapital

Dass die brahmanischen Hindu-Faschisten an die Macht gekommen sind widerspiegelt eine weitere Konsolidierung der Ideologie, Politik und Kultur der feudalen und reaktionären Kräfte. Modi's BJP-Partei kann hierbei auf das internationale Kapital und die indische Kompradoren-Bourgeoisie zählen. Die pro-imperialistische Land-Verkaufspolitik der BJP setzt sich rasant fort und richtet sich auf die Bedürfnisse von ausländischen und indischen GrosskapitalInnen und GrossgrundbesitzerInnen aus, während gleichzeitig die reaktionäre Agenda vorangetrieben wird. Allerdings provoziert diese Entwicklung wiederum Widerstand und neue Möglichkeiten, Einheitsfronten zu bilden.

Die CPI (Maoist) sieht das Verständnis über die Veränderungen der objektiven Verhältnisse, der neuen Taktiken der Konterrevolution, der eigenen Fehler und was in dieser Situation für neue Möglichkeiten im revolutionären Prozess entstehen können als grundlegend für die weitere revolutionäre Entwicklung an.

Die Widersprüchlichkeit und Differenziertheit revolutionärer Prozesse hat zur Folge, dass sich diese nicht linear vorwärts, sondern im Zickzack vor- und rückwärts und bestenfalls wieder vorwärts bewegen. Siege und Niederlagen in der Dialektik von Revolution-Konterrevolution sind Gesetzmässigkeiten in allen revolutionären Bewegungen. Sie erfordern kontinuierlich die Analyse veränderter Situationen und selbstkritische Reflexion der eigenen Fehler. So entstehen nach Rückschritten wieder Möglichkeiten für Vorwärtsbewegungen. Diese Analyse und Reflexion leistet in Indien die CPI (Maoist). Deshalb ist unsere Solidarität gerade jetzt besonders wichtig.

Rechtsextreme in der Region Basel

FASCHISMUS Rechtsextreme versuchen öfter, sich die Strasse zu nehmen. Der Widerstand formiert sich.

(rabs) Ein «Tag der europäischen Völker» soll es werden, am 24. September. Da schaudert es einen schon beim Namen. Erst recht, wenn ein genauerer Blick auf die Menschen geworfen wird, die dahinter stehen: es sind nicht die klein- und wutbürgerlichen Mittvierziger, die sich auf der Strasse besammeln, um mit «Pegida» ihre Angst vor allem Fremden und ihren Hass gegen alles Andersartige zu manifestieren, sondern eine tiefbraune Suppe von Rechtsextremen.

Von Pegida...

Schon um die Jahreswende 2015/16 versammelten sich an Pegida-Kundgebungen in Weil am Rhein bei Basel Rechtsextreme aus der Schweiz und aus dem Elsass zusammen mit Russlandfahnen-schwingenden Schlägertrupps. Als Pegida Schweiz im Februar dieses Jahres versuchte, in Basel eine Demonstration durchzuführen, war das Ergebnis zwar jämmerlich, aber kein Grund zum Jubel. Denn in Weil haben sich die faschistischen Strukturen gefestigt. Nun mobilisieren sie für einen Neonazi-Aufmarsch, diesen «Tag der europäischen Völker».

...zu «Die Rechte»

Rund um Andy Weigand, der selbst im Elsass wohnt, hat sich eine Gruppe gebildet, die sich zu Beginn der «friedliche Widerstand» nannte und mutmasslich aus etwa zehn bis fünfzehn Personen besteht. Im Frühling kam es zum Bruch mit den Vertretern von Pegida und es schien zunächst, als ob auch das Weiler Gruselka-

binett schwächelt. In den letzten Monaten führten sie aber immer wieder Aktionen gemeinsam mit Rechtsextremen aus dem Elsass durch. Meist hatte dies Flashmob-Charakter: Sie tauchten in der Nacht auf, hissten eine Reichsflagge, filmten sich dabei und verschwanden wieder. Andy Weigand und seine Brüder organisierten sich fortan auch in der selbst gegründeten Sektion von der Partei «die Rechte». Von dieser NPD-Konkurrenz erhalten sie nun Mobilisierungsunterstützung für den Aufmarsch im September.

Naziterror

Weigand und seine «Kameraden» terrorisieren eine Familie mit Drohungen, Auflauern und zuletzt mit roher Gewalt. Die Familie, deren Vater westafrikanische Wurzeln hat und dunkelhäutig ist, wohnt direkt neben den Eltern von Andy Weigand. Die Fascho-Gruppe traf sich dort fast täglich und belagerte somit regelrecht die Wohnung der Familie. Gegenüber der badischen Zeitung sagte die Mutter: «Durchschnittlich stehen zwölf Personen im Hof. Treten wir ans Fenster, versuchen sie, uns zu fotografieren.» Den Kindern wurde ausserdem an der Schule aufgelauret, wo sie eingeschüchert wurden.

Einen Gewalthöhepunkt erreichten die Angriffe der Rechten, als sie die Frau abpassten und sie verprügelten. Trotzdem entschied sich die Familie nicht wegzuziehen, weil sie den Faschisten nicht das Feld überlassen wollen. Zusammen mit AntifaschistInnen aus der Region organisierten sie einen Schutz, insbesondere der Kinder. Zudem erwirkte die Mutter vor Gericht ein Rayonverbot für Andy Weigand und weitere Personen. Die Situation bleibt natürlich psychisch extrem belastend. Und auch der Naziterror bleibt: In der Nacht auf den 1. Septem-



Neonazi Andreas Weigand

ber verübten «Unbekannte» einen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Weil.

Um dem Naziterror entgegenzutreten läuft eine Outingkampagne, die zum Ziel hat, die Rechtsextremen im kleinen Weil mitsamt Gesicht und Wohnort bekannt zu machen.

Nazis Blockieren!

Der rechten Gewalt und Propaganda darf die Strasse nicht überlassen werden. Am 24. September muss der Nazi-Aufmarsch blockiert und mit linken, revolutionären Inhalten gekontert werden. Mehr Infos zur Kampagne auf aufbau.org oder linksunten.indymedia.org.

Teil I: Die Schlacht um Chinas Geschichte

IDEOLOGISCHER KLASSENKAMPF

Dass bürgerliche Geschichtsvermittlung den Herrschenden als ideologische Waffe im Klassenkampf dient, ist nichts Neues. Kaum ein anderes historisches Ereignis jedoch wird mit so viel Schmutz beworfen, wie die chinesische Kulturrevolution. Dies hat seine Gründe.

(agkkzh) Vor 50 Jahren begann die Grosse Proletarische Kulturrevolution (GPKR), welche eine äusserst komplexe und widersprüchliche Periode im Aufbau des Sozialismus in China umfasst. Am 16. Mai 1966 wird das «Zirkular des Zentralkomitees der KPCh über die GPKR» offiziell ausgegeben und eine erste stürmische Welle erfasst das ganze Land, die vorerst von den Universitäten ausgeht. Am 25. Mai 1966 hängen sechs junge Mitglieder des Departements der Philosophie der Universität Peking die erste «grosse Wandzeitung», die von Mao als «Proklamation der chinesischen Pariser Kommune der 60er Jahre des XX. Jahrhunderts» begründet wird. Für die revolutionären ParteigenossInnen ist die darin enthaltene Kritik an den Bürokraten der Partei, die den Weg rückwärts zum Kapitalismus gehen wollen, von existentieller Bedeutung für das weitere Fortschreiten des Sozialismus. Sie ermutigen potentielle AktivistInnen, solche Wandzeitungen im ganzen Land anzubringen, nicht nur an den Universitäten, sondern auch in den Fabriken, auf den verschiedenen Ebenen der Staatsführung, in den Quartieren und Dörfern.

Die ersten ArbeiterInnen, die dem Aufruf folgen, eine neue Revolution zu lancieren, sind sieben RebelInnen der Textilfabrik Nr. 17 in Shanghai. Am 12. Juni 1966 applizieren sie in der Fabrik eine grosse Wandzeitung: «Hinter die Maske des Parteikomitees schauen, um die Wahrheit zu erkennen. Die bourgeoisen Autoritäten zur Strecke bringen und den alten Revisionismus mit der Wurzel ausreissen». Als Revisionisten werden jene bezeichnet, die den revolutionären Charakter des Marxismus revidierten und die Restauration des Kapitalismus zum Ziel haben. Shanghai war die grösste Industriestadt Chinas. Es erstaunt nicht, dass ihre ProtagonistInnen vorangingen und später die «Kommune von Shanghai» gründeten¹.

Vom 1.–12. August 1966 findet eine ZK-Konferenz statt, die den «16-Punkte-Beschluss» verabschiedet, das offizielle Dokument der Partei zur Kulturrevolution. Diese 16 Punkte bieten während der KR wichtige Orientierungshilfe. Sie rufen dazu auf, «neue Ideen, eine neue Kultur, neue Sitten und Gebräuche des Proletariats (anzuwenden), um das geistige Antlitz der gesamten Gesellschaft zu ändern». Die Führung jeder Ebene wird zur Selbstkritik und Orientierung an den Massen veranlasst. Revolution und Produktion sollen gleichermaßen gefördert werden. Mao verfasst eine Wandzeitung: «Das Hauptquartier bombardieren». Dies ist als Angriff auf die Gruppe Liu Shaoqi zu verstehen. Liu Shaoqi war der damalige Staatspräsident und somit einer der mächtigsten Revisionisten im Staatsapparat.

Bürgerliche Deutungsmacht

Es ist nicht verwunderlich, wenn das 50. Geburtsjahr der KR von den bürgerlichen Medien zum Anlass genommen wird, diese einmal mehr als das grösste Desaster der menschlichen Geschichte darzustellen und die haarsträubendsten Geschichten zu verbreiten: Mao als Massenmörder und machtgeriges Monster; Rote Garden die Terror und Chaos verbreiten; Zerstörung von kulturellen und menschlichen Werten; Verlust von Hoffnung und Idealen; Millionen von ChinesInnen traumatisiert usw.

Besonders gut macht es sich, chinesische AutorInnen für die Diffamierung der KR und der kommunistischen Geschichte einzuspannen, wie z.B. Yen Minju, oder Li Zhisui, zeitweise Mao's Arzt. Den Gipfel der Geschichtsfälschung liefert Jung Chang's und Jon Halliday's Buch: «Mao. Das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes». Jung Chang legitimiert sich als Tochter loyaler Parteikader während der KR, Halliday ist ihr Ehemann.

In dem Buch sind detaillierte Schilderungen von zahllosen Gräueltaten nachzulesen: «Schnell wurde diese Freude am Töten zum Wettkampf. Dörfer warben sich darum, welches am meisten schwarze Typen hinrichtete. Bei diesem Wettbewerb standen zehn Tötungsmethoden zur Verfügung: erschliessen, Kehle durchschneiden, ertränken, explodieren lassen, in tiefe Höhlen stossen, lebend begraben, totschiessen, ersticken, verbrennen und totschiessen. ... Die von der Partei selbst mobilisierte Hysterie führte zu einer erschütternden Bilanz: Mehr als 7 Mio Menschen kamen auf nicht natürliche Weise um, mehr als 130 000 wurden offiziell hingerichtet, mehr als 230 000 starben als Gewaltopfer, mehr als 700 000 endeten als Behinderte, mehr als 700 000 Familien wurden zerstört, mehr als 420 000 wurden gefangen genommen, 100 Mio Menschen wurden in angebliche Verbrechen hineingezogen und mussten mitbüssen. Männer töteten Ehefrauen und



Rote Garden bringen an der Universität der Industrie in Harbin Wandzeitungen an

die eigenen Kinder, ...» Mao habe als verbrecherische Einzelperson mit absolutem Willen zur Macht 70 Mio Menschenleben auf dem Gewissen!

Die Geschichte des kommunistischen China und die KR werden auf die Psychopathologie eines monströsen Übermenschen reduziert. Wie wir es von der Aufstandsbekämpfung in Europa kennen, in der die Stadtguerillas als Terrorbanden dargestellt werden, soll die Geschichte der chinesischen kommunistischen Bewegung zur Kriminalgeschichte umgedeutet werden. Ein Gegenschlag zum Kapitalismus soll schlicht undenkbar sein.

Fundierte Widerlegung

Dass nicht alle ChinesInnen, die die Kulturrevolution erlebten, traumatisiert sind und Horror-Geschichten zu berichten haben, zeigt das Buch von Mobo Gao: Die Schlacht um Chinas Vergangenheit². Gao, der im ländlichen China zur Zeit der KR aufwuchs, dokumentiert darin sorgfältig ihre Errungenschaften. Wie der Titel seines Buches andeutet, findet eine regelrechte Schlacht um die historische Deutung bezüglich Mao und der KR statt. Die herrschende Elite in China bezeichnet seit 1981 die KR als die «Zehn-Jahre-Katastrophe» (1966-76). Kein Wunder, war doch die KR exakt gegen sie und ihr kapitalistisches Programm gerichtet. Die Verhältnisse im heutigen China zeigen, dass es nicht um einen persönlichen Machtkampf innerhalb der Partei ging, sondern dass sich gesamtgesellschaftlich diametral verschiedene Interessen und Ziele gegenüberstanden. 1976, nach dem Sieg der Konterrevolution, wurden tatsächlich unzählige RevolutionärInnen exekutiert und in Gefängnisse geworfen, Dokumente zerstört oder sie werden bis heute unter Verschluss gehalten.

In vielen literarischen Werken, die von Mobo Gao analysiert werden, wird die KR als ein Konzept des Machtkampfes Mao's dargestellt, der die Partei, die Armee und das chinesische Volk manipulierte. Gao demontiert Satz um Satz, Quelle um Quelle mit logischen Argumenten und eigenen Quellen die Machwerke von Chang/Halliday sowie von Li Zhisui. Er zeigt auf, wie Fakten verfälscht werden um Mao mit Hitler gleichzusetzen, wie Zitate sinnentstellend aus dem Zusammenhang gerissen werden. Er analysiert historische Episoden wie den «Langen Marsch» und den «Grossen Sprung Vorwärts» und konfrontiert die Erfindungen Chang's und Halliday's mit realen Fakten. Auch behandelt er kontroverse Themen, wie die positiven Veränderungen, die in Tibet in der Periode von 1949–76 stattfanden.

Was tatsächlich proklamiert und erkannt wurde, war, dass eine kontinuierliche Revolution notwendig ist, um ein sozialistisches Land zu bleiben und um die sozialistischen Ziele zu erreichen. Er zeigt auf, dass einige Funktionäre der KPCh zwar nationalistische Revolutionäre waren um gegen Imperialismus und Feudalismus zu kämpfen, jedoch waren sie gegen die ländlichen Kollektivierungen und die Enteignung von Eigentum der nationalen chinesischen Kapitalisten. Es bestand die Gefahr, dass China zurück zum Kapitalismus gehen würde, wenn nicht eine Revolution mit neuen kulturellen Werten und Ansichten stattfinden würde. Deshalb nannte man sie auch Kulturrevolution.

Im Gegensatz zu den Behauptungen, die KR sei ein despotischer Terror gewesen, zeigt Gao auf, dass viele Millionen Menschen involviert waren, die ausseror-

Kulturrevolution

Von 1966-69 dauerte das Experiment der chinesischen Kulturrevolution. Um die Erkenntnisse daraus weiterwirken zu lassen, befassen wir uns in einer dreiteiligen Serie mit diesem bedeutenden historischen Ereignis. Im ersten Teil demaskieren wir die bürgerliche Geschichtsvermittlung und stellen ihr unsere Sichtweise gegenüber. Im zweiten Teil dokumentieren wir konkrete Beispiele der neuen Kultur und Produktionsweise, der neuen Politik und neuer Geschlechterverhältnisse. Im dritten Teil geht es um das Fortwirken und Verallgemeinern der Erkenntnisse aus der Grossen Proletarischen Kulturrevolution.

dentlich enthusiastisch in einer revolutionären Bewegung teilnahmen und in der positive Errungenschaften erschaffen worden sind. Diese Erbschaften beinhalten grosse Infrastrukturprogramme, eine radikale Bildungsreform, innovative Experimente in Literatur und Kunst, Ausweitung der Gesundheitspflege und Bildung in ländlichen Gebieten und eine rasante Entwicklung von ländlichen Unternehmen.

Eine ganze Palette von Ideen in Politik sowie industrielle und agrarische Grundsätze und Methoden wurden geprüft. Einige dieser Experimente waren erfolgreich, andere misslungen und wieder andere hatten die Zeit nicht, um zu reifen, bevor sie unreif beendet wurden.

Klassenkampf im Sozialismus

Durch die Erfahrungen, die in der Sowjetunion gemacht worden waren, sowie der revisionistischen Entwicklung in China selbst, entwickelten die chinesischen KommunistInnen die Position, dass der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats weitergehen muss, da noch immer Klassenunterschiede bestehen und sich eine neue Bourgeoisie bildet, welche sich Privilegien und Machtpositionen in Partei und Staat aneignet. Daraus entwickelte Mao den Kampf der zwei Linien innerhalb der Partei. Die Macht zur Unterdrückung der alten und neuen Bourgeoisie muss in den Händen der organisierten und bewussten Massen liegen. Nur so kann in mehreren Kulturrevolutionen die Restaurierung der bürgerlichen Macht und kapitalistischer Verhältnisse verhindert werden. Der Kampf der zwei Linien bedeutet, dass sich die revolutionäre Linie immer wieder neu herstellen muss, dass ein permanenter Kampf um neue Produktionsverhältnisse, neue politische Verhältnisse, eine neue Kultur und neue Geschlechterverhältnisse stattfindet. Dies in allen gesellschaftlichen Bereichen, den Betrieben, Universitäten, Verwaltungen, den Familien. Die Kulturrevolution ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen, sondern war der Höhepunkt einer langen Entwicklung im Kampf der zwei Linien.

Der Hass der Bourgeoisie auf die Kulturrevolution

Der Hass der Bourgeoisie auf die KR ist begründet, war sie doch bis heute der weitreichendste Versuch, Klassen- und Herrschaftsverhältnisse zu überwinden und die Entscheidungsmacht über alle Belange in die Hände der arbeitenden Massen zu legen. Es liegt uns fern, die KR zu romantisieren. Auch die KR hat, wie alle sozialen Revolutionen vor ihr, viele Opfer gefordert. Es haben Exzesse von Demütigungen, Pünderungen und Hinrichtungen stattgefunden. Verschiedene Gruppierungen der Roten Garden mit verschiedenen politischen Ansichten haben sich teilweise auch bewaffnet bekämpft und es ist nicht auszuschliessen, dass Menschen irrtümlich als RevisionistInnen oder KapitalistInnen gebrandmarkt wurden.

Uns geht es darum, die Lügen der Herrschenden zu durchschauen, einseitige Sichtweisen zu korrigieren, komplizierte und widersprüchliche Prozesse mittels der dialektischen Methode zu verstehen. Es geht darum, das einzigartige praktische Experiment der permanenten Revolution in der KR zu analysieren, zu verstehen und daraus die positiven Aspekte für eine kommunistische Perspektive zu ziehen. Dort liegt für uns die Hauptseite.

¹ Hongsheng Jiang: La Commune de Shanghai, 2014, éditions La fabrique
² Mobo Gao: The Battle for China's Past. Mao & the Cultural Revolution, 2008, Pluto Press

Chronologie der Ereignisse in China

- 1921 Gründung der Kommunistischen Partei; es folgen 22 Jahre Volkskrieg
- 1945 Sieg über den japanischen Imperialismus; es folgt der Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der Kuomintang (bürgerlich nationalistische Bewegung)
- 1949 Sieg über die Kuomintang und Ausrufung der Volksrepublik China
- 1953 Debatten gegen die rechte Linie der KPCh; es bestehen freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion
- 1958 Bewegung «Drei Rote Fahnen»: Volkskommunen, Grosser Sprung Vorwärts, Masselinie
- 1959-62 Interne Debatten zwischen China und der SU über den Revisionismus; Erstarken der revisionistischen Kräfte auch in China und Rückschritte auf dem sozialistischen Weg
- 1962-64 Öffentliche Kritik Chinas am Revisionismus der KPdSU = Ende der Freundschaft
- 1963-65 Sozialistische Erziehungsbewegung als Gegenoffensive zum revisionistischen Vormarsch
- 1966-69 Grosse Proletarische Kulturrevolution = Mobilisierung der Massen zur Kritik und Absetzung revisionistischer Kader in Partei, Staatsorganen, Universitäten, Produktionsstätten, etc. und zur Übernahme der realen Macht in allen Bereichen

Der Kampf für eine selbstbestimmte Zukunft

ROJAVA Unter unglaublichen Anstrengungen gelang es Rojava bisher eine Vernichtung der aufgebauten Perspektive zu verhindern. Wir bekamen einen Einblick in die Selbstverwaltungsstrukturen sowohl an, als auch hinter der Front.

(gpw) Aus den Boxen des Minibusses dröhnt YPG-Pop, als wir über die Landstrasse Richtung Qamishlo brettern. Am Steuer sitzt Heval Sores, er kennt die Strasse und ihre tausend Schlaglöcher auswendig. Immer wieder wird die Fahrt von Checkpoints unterbrochen. Die Autos müssen auf Schritttempo verlangsamen und die jungen Sicherheitskräfte werfen, die Kalaschnikow um die Schulter gehängt, einen Blick auf die Reisenden, winken sie durch. Diese in einem dichten Netz über ganz Rojava verteilten Strassensperren sollen der wichtigsten Waffe des «islamischen Staats» entgegenwirken: Autobomben. Denn auch innerhalb des von den Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ kontrollierten Gebiets gibt es noch zahlreiche IS-Zellen. Insbesondere wenn die Kräfte der YPG/J in wichtigen Operationen gebunden sind, schlägt der IS im Hinterland zu. So detonierte jüngst in Qamishlo ein mit Sprengstoff beladener Lastwagen und riss dutzende Menschen in den Tod.

In Sichtweite von Minbic

Während unseres Besuchs in Rojava toben die Kämpfe um die Stadt Minbic, die mittlerweile vom IS befreit ist. Heval Rengin ist YPJ-Kommandantin und während dieser Operation verantwortlich für die eine Seite der Zangenbewegung, die um die Stadt gezogen wird. Ihr unterstehen neben den Frauenverbänden auch zahlreiche Männerbataillone, arabische ebenso wie kurdische. In Sichtweite der berüchtigten schwarzen Fahnen des IS und immer wieder unterbrochen von Funkgesprächen, können wir uns mit ihr unterhalten.

«Die Stadt Minbic ist für den IS vermutlich sogar noch wichtiger als Raqqa» meint sie. Zwar nicht für die Propaganda, dafür aber für die Logistik. Für das Projekt Rojava geht es dabei keineswegs nur um Terraingewinn, sondern, wie Rengin beschreibt, verschränken sich bereits während der Kämpfe militärische Aspekte mit Elementen des Frauenkampfs, des sozialen Aufbaus und der Demokratisierung.

So sei die YPJ während dem langsamen Vordringen ins Stadtzentrum auch für die dabei aus IS-Sklaverei befreiten Frauen zuständig. «Wir schaffen ihnen geschützte Räume, wo wir sie betreuen und wo sie sich selbst organisieren können. Diese schwierige Aufgabe macht die YPJ in Minbic zum ersten Mal.» Viele dieser Frauen beteiligen sich später, nachdem der IS aus der Stadt verjagt ist, an dem Minbic Military Council, der den Wiederaufbau und die Verteidigung der Stadt organisieren soll.

Gesellschaftliche Transformation

Neben der militärischen Verteidigung der Autonomie gegen die Barbarei des IS und gegen den Staatsterror der Türkei, versucht die kurdische Befreiungsbewegung den gesellschaftlichen Umwälzungsprozess zu vertiefen. Dieser läuft zwar wie gesagt nicht getrennt vom militärischen ab, hat aber seine eigene Logik und seine eigenen Widersprüche.

Die Gemeinden in Rojava sind geprägt von patriarchalen Clanstrukturen und dem jahrzehntelangen Wirtschaften unter Fremdbestimmung. Einer Kultur durchdrungen von Abhängigkeitsverhältnissen, setzt die revolutionäre kurdische Bewegung ihren Organisationsprozess entgegen. Mit der Proklamierung der Autonomie Rojavas vor vier Jahren machte dieser Prozess den Sprung von einem klandestinen Geflecht zur treibenden Kraft der Gesellschaft. Als die Schwerpunkte der Transformation können wohl folgende genannt werden: Entwicklung von Rätestrukturen, der Kampf gegen die männliche Dominanz, die Überwindung von ethnischen Spaltungen und der Aufbau einer solidarischen, selbstbestimmten Ökonomie.

Mala Gel – Herzstück der Rätestruktur

In der Stadt Qamishlo hat unsere Delegation die Gelegenheit ein Mala Gel (zu Deutsch: Volkshaus) zu besuchen. Diese Häuser funktionieren als soziale und politische Zentren von Stadtteilen oder Dörfern. Heval Mazlum, der früher in den Bergen Nordkurdistans kämpfte, arbeitet seit dem Verlust seines linken Armes in der Selbstverwaltung.

Als Kern der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sieht er die Selbsterkenntnis der Gesellschaft. Es geht nicht um die angemessene Vertretung des Volkes, sondern darum, dass sich jeder und jede als politisches



Bewaffnete Kämpferin in Rojava

und soziales Subjekt wahrnimmt und selbst eingreift. Doch weil «die Menschen so lange von oben regiert wurden, braucht eine Veränderung des Bewusstseins Zeit.» Aktiv an den Räten beteiligt seien etwa zwanzig von hundert Familien. Aktivist_innen des Mala Gel gehen regelmässig zu Familien des Quartiers nach Hause, übernachten zum Teil auch bei ihnen und lassen sich deren Bedürfnisse erklären, um so auch jene miteinzubeziehen, die nicht in den Komitees vertreten sind.

Frauen, die von der Fremdbestimmung durch den Vater zu jener durch den Ehemann wechselten, erlangen in den Räten plötzlich das Selbstbewusstsein, sich an der Organisation ihrer Kommune zu beteiligen. Parallel zum gender-gemischtem Mala Gel existiert ein Mala Jinê (Frauenhaus), wo sich Frauen autonom organisieren und unter anderem häusliche Gewalt bekämpfen. Gleichzeitig aber, erklärt uns die Vorsitzende des Mala Gel, haben Frauen ausserhalb der Selbstverwaltungsstrukturen meistens immer noch einen äusserst prekären Status.

Der lange Arm der KDP

Die Beteiligung in den Kommunen basiert auf Freiwilligkeit. Wir fragen Mazlum, ob das nicht problematisch sei hinsichtlich einer ungleichen Gesellschaft, wo es auch eine Frage des Privilegs ist, ob überhaupt Zeit für politische Arbeit zur Verfügung steht. Etwas knapp antwortet er, es sei eine Frage des Willens, jede_r könne sich irgendwo etwas Zeit herausnehmen, sei es am Feierabend oder am Wochenende. Er erzählt, dass sich die besser gestellten Familien in der Regel nicht in den Mala Gels beteiligen würden. Die kleinbürgerlichen Gesellschaftsschichten (also etwa Händler oder etwas grössere Landwirte) seien politisch für die Propaganda der irakischen Kurdistan Democratic Party anfällig.

Diese macht das Selbstverwaltungsmodell für die ökonomischen Probleme verantwortlich. Unter dem Einfluss der KDP würde es internationale Investitionen geben – gleichzeitig beteiligt sich die KDP am türkischen Embargo und hält seit März dieses Jahres die Grenzen zu Rojava dicht. Um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren und längerfristig eine andere Produktionsweise zu etablieren, setzt Tev-Dem (Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft, die Dachstruktur der Räte

Rojavas.) auf die Förderung von kommunal organisierten Kooperativen. Dafür steht der Bewegung in erster Linie das Land zur Verfügung, das sie dem syrischen Staat enteignet hatte. Die kurdischen Regionen wurden in Assads Syrien als Kornkammer genutzt. Damaskus ordnete eine rigide Getreidemonokultur an: Selbst das Anpflanzen von Obstbäumen für den Eigenbedarf war verboten. «Die Böden Rojavas zählen eigentlich zu den Besten der Welt» wird uns immer wieder gesagt. Der Optimismus ist gross, dass es hier eines Tages Überfluss für alle geben wird.

Klassenkampf auf Sparflamme

Ein wirtschaftlicher Klassenkampf wird nur auf Sparflamme betrieben. Enteignungen gegenüber grösseren LandwirtInnen und Zwangskollektivierungen würden nur die Konterrevolution befeuern, ist Mazlum überzeugt. Damit der Transformationsprozess stabil sei und Tiefe habe, sei ein Bewusstseinswandel unumgebar. Das Embargo stellt für diesen Wandel gleichzeitig ein Hindernis und einen Schutzraum dar. Einerseits fehlt es an Material, um die Produktion weiterzuentwickeln – so stockt zum Beispiel der Bau einer Zuckerfabrik in Cizire. Andererseits gibt es bisher keine kapitalistischen Investitionen und Akkumulationen. Wichtige Bereiche der Wirtschaft, wie zum Beispiel die Rohölförderung, stehen bereits heute unter Kontrolle der Räte.

Die soziale und ökonomische Umwälzung steckt in Rojava noch in den Kinderschuhen. Da aber der syrische Staat in Rojava eine Politik der Unterentwicklung verfolgt hatte, gibt es heute kaum eine Bourgeoisie. Ausserdem geniesst die revolutionäre Bewegung durch ihre Jahrzehntelange Organisationsarbeit und durch die Verteidigung gegen die Dschihadisten grosses Vertrauen und sehr breite Unterstützung in der Bevölkerung. Das heisst die sozialen Bedingungen scheinen bis jetzt gegeben, dass sich das System von Kooperativen und Räten weiter entfalten und vertiefen kann.

Trotz all den grossen Fragezeichen und dunklen Wolken der Zukunft: Ein ungemeiner Stolz auf das bisher Erreichte, die Hoffnung auf was noch alles kommen möge und der Wille diese Perspektive zu verteidigen sind in Rojava überall spürbar. Unsere Solidarität gilt diesem Kampf.

Dann gibts eben keine Cola!

ROJAVA Im Zuge unserer Reise nach Rojava hatten wir in Qamishlo die Möglichkeit, mit der verantwortlichen Genossin für die Kooperativen des Kanton Cizire zu sprechen. Wir geben hier einen kleinen Einblick in den Versuch eines Wirtschaftsmodells nach demokratischen und ökologischen Grundsätzen.

(raw) Nach der Verdrängung des Assad Regimes und erst recht als Reaktion auf das Embargo, wird in Rojava ein Wirtschaftssystem entwickelt, welches längerfristig auf Selbstversorgung und Unabhängigkeit zielt. Das System der «Kooperativen» wurde nach dem Paradigma A. Öcalans durch den TEV-DEM und KongreSTAR* initiiert und seit etwa einem Jahr auf ganz Rojava ausgeweitet – vor allem auf Frauenkooperativen wird ein Schwerpunkt gelegt. «Am Anfang war das Volk dem Projekt gegenüber sehr misstrauisch», erklärt die Genossin. «Sie waren daran gewöhnt, dass immer alles von aussen kommt.» Entsprechend ging der Aufbau der Kooperativen anfangs nur schleppend voran. Nach viel Organisation und Mobilisierung hat sich aber das Bewusstsein der Menschen entwickelt und die Erfahrungen und Erfolge der kollektiven Arbeit haben Selbstvertrauen und Eigeninitiative gestärkt.

Kollektivierung der Arbeit

Unter einer Kooperative dürfen wir uns nicht nur Bauernhöfe und Gemüseärten vorstellen. Kooperativen können überall, wo gesellschaftlich relevante Arbeit anfällt, gegründet werden. Kooperative bedeutet in diesem Sinne nichts anderes als «Ort kollektiver Arbeit». So gibt es landwirtschaftliche Kooperativen, Kindergärten in den Quartieren, Einkaufsläden, Kooperativen für Stoffe und Nährarbeiten und so weiter. Die Kollektivierung von Arbeiten, die früher Einzelne verrichteten und die damit verbundenen Lernprozesse, sind Kernpunkt der Kooperativen. Aufbau, Planung und Art einer Kooperative wird in einem streng basisdemokratischen Verfahren ermittelt und das Projekt dann den InitiantInnen zur Umsetzung «übergeben», wobei die Kommunen (Volksräte) aber beratend, un-

terstützend oder vermittelnd mitwirken.

Handel, Ideologie und Gesetze

Die Kooperativen produzieren in erster Linie für den Verkauf bzw. bieten regional ihre Dienstleistungen an. Vielfach handeln die Kooperativen untereinander, wobei ein Teil der erwirtschafteten Produkte und Einnahmen unter den beteiligten ArbeiterInnen aufgeteilt wird und ein weiterer Teil an die Kommunen geht.

Gegen verbliebene Grosshändler -oder Importeure wird nicht radikal vorgegangen, vielmehr wird auf Bildung des Bewusstseins gesetzt und zur Kollektivierung ermahnt. Gerade aber durch den Aufbau von Kooperativen ist es möglich, auch Druck aufzusetzen und Geschäfte grosser Händler unbedeutender und besser kontrollierbar zu machen.

Zu unserem Erstaunen wird die Landwirtschaft bereits jetzt ökologisch und nachhaltig angegangen. Es soll grundsätzlich ausschliesslich biologisches Saatgut angewendet und dabei möglichst auf Importe verzichtet werden.

Die Rolle der Frauen

Der grösste Fortschritt des Kooperativen-Systems liegt in der grossen Beteiligung und Führungsrolle von Frauen. Die Frauenbefreiungsbewegung ist, wie auch im gesamten Prozess in Rojava, die treibende Kraft in der Ökonomie. «Vor der Revolution durfte eine Frau noch nicht einmal alleine vor die Tür gehen!» betont die Genossin. Vor der Revolution waren Frauen in traditionell patriarchalen Familienstrukturen gefangen. Heute haben sie die Möglichkeit zu arbeiten, ihr eigenes Geld zu verdienen, sind in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen vertreten und haben ihre eigenen Strukturen und Räte gebildet.

Theorie und Praxis

Das ökonomische System in Rojava ist keine Planwirtschaft im sozialistischen Sinne und hat, nach unserem Verständnis, natürlich widersprüchliche Elemente in sich. Dennoch sind aus unserer Sicht viele interessante Ansätze darin enthalten und es ist auch klar, dass sich viele Fragen und Probleme erst in der

konkreten Umsetzung und im Prozess offenbaren. Der Handel und Verkauf der erzeugten Produkte läuft bisher marktwirtschaftlich weiter. Grosshandel im kapitalistischen Sinne und Kooperativen existieren nebeneinander, wobei ersteren zwar auf die Finger geschaut wird, si evorerst aber nicht enteignet oder verboten werden.

Von der Entwicklung geplanter Wirtschaft kann insofern gesprochen werden, als dass die politischen Strukturen (Kommunen) durchaus einen Einfluss auf die Kooperativen haben. Über sie bringt das Volk seine Bedürfnisse ein bzw. die politisch Verantwortlichen bringen die Bedürfnisse der Menschen oder die Bedingungen eines Ortes in Erfahrung und bringen ihre Erkenntnisse in die Planung der Kooperative ein. Es findet im weiteren innerhalb der Kooperativen keine Ausbeutung statt und profitorientiertes Denken und Handeln soll durch politische Intervention und Bildung nach und nach verdrängt werden.

Einer der wichtigsten Punkte betrifft sicher die ideologische Ebene: Durch kollektive Arbeit wird auch das kollektive Verständnis und Verantwortungsgefühl als Gemeinschaft gelernt und gestärkt. Gerade für Frauen spielte und spielt dieser Prozess, von der Isolation zum kollektiven Bewusstsein, eine entscheidende Rolle.

Solidarität mit Rojava

Wenn wir uns den hohen ideologischen Anspruch, den ökologischen Grundsatz und die dringende Notwendigkeit, selbstversorgend und unabhängig zu wirtschaften, vor Augen führen und das ganze noch in den Kriegszustand versetzen, wird offensichtlich, dass Rojava vor einer Herausforderung steht, die sicher nicht kurzfristig gedacht werden kann. Entscheidend ist um so mehr unsere Auseinandersetzung mit dem konkreten Prozess vor Ort und den Entwicklungen in der gegebenen Situation. Denn genau in diesem Moment wird versucht, der kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie eine Alternative entgegen zu setzen. Entscheidend ist, dass wir uns nicht in Diskussionen um Widersprüche oder theoretische Ansätze verlieren, sondern von den Erfahrungen der GenossInnen in Rojava lernen und unsere Solidarität und Unterstützung kundtun.

Revolutionäres Kampffeld im Schatten Rojavas

SHENGAL Im Sommer 2014 griff der IS die Stadt Shengal an. Wer konnte, flüchtete ins angrenzende Gebirge oder nach Rojava. Tausende gerieten in Gefangenschaft oder wurden getötet. Doch selbst nach der Vertreibung der Dschihadisten leben die BewohnerInnen weiterhin in der Bergen, die Stadt wurde zerstört.

(agj) Staub, Betonschutt von zerstörte Häusern und immer mal wieder der beissend säuerliche Leichengeruch, der vom Wind durch die leeren Strassen getragen wird: Viel mehr ist nach den Kämpfen bis 2015 von der Stadt Shengal (Sindschar) nicht mehr zu erkennen. Von den EinwohnerInnen befinden sich so gut wie keine mehr in der Stadt, bewaffnete Einheiten verschiedenster Zugehörigkeit prägen das von den Luftangriffen und Strassenkämpfen gezeichnete Bild der städtischen Überreste.

Die nordirakische Region Shengal, ein kleiner Landstrich zwischen Rojava, Barzani-Land und der IS-Metropole Mosul, teilt einiges mehr mit Rojava als eine gemeinsame grüne Grenze. Seit dem Überfall des IS im Sommer 2014 finden sich hier viele Elemente des benachbarten Rojava auf kleinstem Raum reproduziert; Die Greuel der IS-Besatzung, die Rückeroberung und die Ausrufung rätedemokratischer Selbstverwaltungszonen, sowie die konterrevolutionäre Embargo- und Rekuperationspolitik Barzanis sind die Hauptzutaten. Doch beginnen wir am Anfang.

IS greift Shengal City an

Am Anfang steht der Verrat Barzanis und seiner Peshmerga. Nach der weitgehenden Desintegration des irakischen Zentralstaates 2014 und der mehr oder weniger kampfflosen Übergabe Mosul's und grosser Teile Nordost-Iraks an den IS, hat die KRG (Kurdische Autonome Region – zum Wesen dieses Vasallenstaates unter Warlord Barzani siehe nebenstehenden Artikel) die Kontrolle über Stadt und Region Shengal übernommen. Neben einer jesidischen Bevölkerungsmehrheit wohnten hier seit Jahrhunderten auch andere kurdische sowie arabische und turkmenische Gemeinschaften in friedlichem Nebeneinander. Aufgrund ihrer Religion – eine sehr

alte Glaubensrichtung, die Elemente von Christentum, Sufismus und anderer orientalischer Urreligionen vereinigt – waren und sind JesidInnen besonders wütigen Angriffen der Dschihadisten ausgesetzt. Mit grossen Worten wiegten die Peshmerga die BewohnerInnen der Stadt so lange in Sicherheit, bis sie am 3. August 2014 um 4 Uhr in der Früh ohne Vorwarnung die Front aufgaben und die Flucht ergriffen. Das Resultat war ein selbst für IS-Massstäbe beispielloses Gemetzel, dem alleine in Shengal City mindestens 6000 Menschen zum Opfer fielen, 7000 jesidische Frauen wurden entführt und als Sexsklavinnen verkauft.

Der Widerstand formiert sich

Wer konnte floh noch in der Nacht auf das die Stadt im Norden begrenzende Shengalgebirge. Dieser schwer zugängliche Berg war in der von Verfolgungen und Massakern geprägten Geschichte der JesidInnen immer wieder zum letzten Zufluchtsort geworden, und auch jetzt sollte er jenen Schutz bieten, die seine Höhen erreichten. Angeleitet von einer kleinen Gruppe KämpferInnen der HPG (Guerrilla-Armee der PKK) verteidigten die JesidInnen den vom IS umzingelten Berg. Nach Monaten erbitterten Kampfes gelang es schliesslich Einheiten der Selbstverteidigungseinheiten Rojavas YPG/YPJ sowie den mittlerweile organisiert kämpfenden jesidischen Milizen einen Korridor durch die Einkreisung zu schlagen.

Gesellschaftlicher Aufbruch

In den improvisierten Zeltunterkünften auf dem Berg sind die Lehren aus dem Genozid und dem Verrat schnell gezogen. Fortan will man nicht mehr auf die Hilfe von irgendwelchen Zentralregierungen angewiesen sein, sondern das Überleben der jesidischen Gemeinschaft in die eigenen Hände nehmen. Nach dem Vorbild der YPG/YPJ werden die spontanen Volksmi-



lizen als YB (Widerstands-Einheiten Shengal) bzw Y J (Frauen-Einheiten Shengal) organisiert. Doch es geht schon lange nicht mehr nur ums blosses Zurückschlagen der IS-Mörderbanden, sondern parallel um den Aufbau einer freien Gesellschaft. Immer wieder wird von jesidischen GesprächspartnerInnen betont, dass die jesidische Kultur seit jeher auf basisdemokratischen und emanzipatorischen Prinzipien fusst. Seit jeher aber auch wurde die jesidische Gemeinschaft vom Imperialismus und dessen lokalen Schergen an der freien Entfaltung dieser Prinzipien gehindert. Nun sei es an der Zeit, den Genozid als Fanal zu nutzen und im Rahmen des Demokratischen Konföderalismus der kurdischen Befreiungsbewegung endlich ein selbstbestimmtes Leben zu erkämpfen. Und so wird – noch mitten im Gefechtslärm – damit begonnen, das Leben in Räten zu organisieren, die Emanzipation der Frau zu diskutieren und ganz allgemein möglichst die gesamte Bevölkerung im gesellschaftlichen Aufbruch politisch zu aktivieren.

Die Geier kommen zurück

Nach und nach gelang es im Laufe des Jahres 2015 zuerst den Norden und Westen der Region und schliesslich auch die Stadt und einen dünnen Streifen entlang des Südfusses vom IS zu befreien.

Fortsetzung auf Seite 12

Neben den PKK-nahen Einheiten der YB / Y J beteiligt sich daran auch die bürgerlich-ethnische Volksmiliz HPÊ sowie, in engem Bündnis mit der YB, die Milizen des sunnitischen Al-Shammar-Stammes. Ausgeruht und mit französischer und US-amerikanischer Luftunterstützung kamen nun auch Barzani's Peschmergas zurück an die Front. Es ist müssig darüber zu diskutieren wer welchen Anteil an der Rückeroberung hatte, beide Seiten gestehen der anderen maximal eine Statisten-Rolle zu. Fakt ist, dass es zu einer spannungsgeladenen taktischen Zusammenarbeit kam, die, wenn auch immer brüchiger, bis heute anhält. Fakt ist aber auch, dass die Bevölkerung nicht nur in den Zeltdörfern auf dem Berg, sondern auch in den wiederbesiedelten befreiten Dörfern und Kleinstädten des Nordens ihre Position schon lange bezogen hatte. Überall sieht man Sprays der Widerstandseinheiten und Gedenkbilder der Gefallenen. Hingegen wird die Präsenz der Peshmerga als Besatzung wahrgenommen. Während sich die

bewaffneten Einheiten aus taktischen Gründen (noch) zurückhalten, kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Peshmergas und aufgebrachten jesidischen Jugendlichen.

Der Kampf um die Stadt

Während Barzani die ganze Region mit einem Embargo belegt, und die Bewegung damit zwingt, die gesamte Logistik über die grüne Grenze mit Rojava abzuwickeln, versucht er sich einzelne loyale Dörfer aufzubauen. Ganz gezielt werden aus den tausenden jesidischen Flüchtlings-Familien in den Camps von Duhok (KRG), jene ausgesucht, die keine familiären Verbindungen zu den Volksmilizen haben. Ihnen wird dann Land übergeben, beim Wiederaufbau geholfen und natürlich zählt für sie auch das Embargo nicht.

In zugespitzter Form kommt diese Strategie beim Konflikt um die zerbombte Stadt zur Anwendung. Wäh-

rend die Menschen in den Zeltdörfern möglichst bald in ihre Stadt zurückkehren wollen, um sie unter dem Banner der Selbstverwaltung wieder aufzubauen, hat Barzani andere Pläne. Aus Anlass des zweiten Jahrestages des Genozids bekräftigte er kürzlich seine Absicht, Shengal City als Mahnmal der Geschichte in Trümmern zu belassen und einige Kilometer weiter eine neue Stadt zu errichten. Es versteht sich vor dem Hintergrund dieser Geschichte von selbst, dass es ihm dabei nicht um das ehrende Andenken Tausender Toter geht, sondern einzig darum, die besten Voraussetzungen zu schaffen um seine auf Klientelismus fussende Macht auszuweiten. Noch verläuft die Front zum IS nur weniger als 10 Kilometer vor der Stadt, und noch ist Barzani ganz und gar damit beschäftigt, sich bei den USA als Juniorpartner bei der Befreiung des benachbarten Mosul's anzudienen, in naher Zukunft wird dieser Auseinandersetzung um die Stadt Shengal aber sicherlich eine wegweisende Stellung zukommen.

Kreuzwörtertsel

Lösungswort

Wurde am 11. April 1871 gegründet

										F		M	M		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
16					17									18	
19		20	21						22						
23			24			25						26			
27				28			29					30			
31			32			33	34	35		36					
37		38		39	40						41		42	43	
44								45							

Waagrecht:

1. Hat damals China weitergebracht, übrig geblieben ist nicht viel. 16. Dieser Traum ist global eher ein Alptraum. 18. Kindeseltern. 19. Land von 16 Waagrecht. 20. Mit dem Idiot am Schluss z.B. Three Mile Island. 23. Polizeilich verhasste Abkürzung. 24. Von 19 Waagrecht besetzte Pazifikinsel. 25. Gilt in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als 1. Opfer des 3. Reiches, hier etwas falsch geschrieben. 27. Streift durch die Abruzzen, im Wallis sehr unerwünscht. 28. Männerpflicht in der CH. 29. Figur aus The Legend of Zelda. 30. Eine Guerillabewegung in Kolumbien. 31. Ziemlich schwarzer Kanton. 32. Kreist um Neptun. 33. Der 27 Waagrecht im Wallis freut sich über dieses Verbot. 36. Dieser Battista spielte in Rio nicht gegen Federer. 37. Wird gemacht oder man ist Teil davon. 40. Faserzement. 41. Braucht es bei der politischen Arbeit. 44. Für die Bürgerlichen jeder, der militant gegen das System kämpft. 45. Alles ausser EU-Länder.

Senkrecht:

1. Mit dem nötigen Kleingeld kann das befriedigt werden. 2. Angst der MachthaberInnen. 3. Zürcher Maler †, ein Buchstabe weniger noch lebender Stadtrat. 4. Kürzlich Schauplatz eines Putsches. 5. Hier einer, die CH hat zwei aus Guantanamo aufgenommen. 6. In Zürich und anderen Städten chronisch. 7. Ohne läuft nichts. 8. Franz. Kurort und vorübergehender Sitz der Regierung im 2. Weltkrieg. 9. Der aus der Blechtrommel. 10. Leichtathletikclub. 11. Diese Industrie liegt im Jura am Boden. 12. Hat nichts mit Knabbern an Grünzeug zu tun. 13. Der Osteraufstand 1916 ist deren Geburtsstunde. 14. Verborgene, geheim. 15. Darf nicht an den Folterstaat Spanien ausgeliefert werden. 17. Gibt sie immer noch, nicht nur in der Schule, auch wenn viele das abstreiten. 21. Nicht in allen Ländern willkommen. 22. Wissenschaftliche Arbeit. 26. Uebungsdorf der CH-Armee. 32. Nomen nominandum. 34. Kunst in 8 Senkrecht. 35. Der Paarhufer ist auch ein Betriebssystem. 36. Arbeiter Touring Bund. 38. Für Profithungrige wichtiger Bestandteil der Buchhaltung (Abk.). 39. Bekommt 28 Waagrecht. 42. Beznau und Leibstadt befinden sich dort. 43. Neon

Mit Verlosung!

Sendet das Lösungswort bis zum 18. Oktober 2016 per Mail an redaktion@aufbau.org Unter allen Teilnehmenden verlosen wir Band 1 und 2 der Comic-Trilogie «Communardes». Ausgenommen vom Gewinnspiel sind Mitglieder des Revolutionären Aufbaus.

MERKE!

Immer mit dabei ..

Wann immer Demonstrationen oder Kundgebungen in Zürich stattfinden, sind sog. «Szenenkenner» der Stadtpolizei Zürich mit dabei. Mal meh, mal weniger versteckt.

Die «Szenenkenner» haben diverse Funktionen: zum einen sollen sie vor Ort die Lage einschätzen und in Kontakt mit der Einsatzzentrale ihr Vorgehen koordinieren, falls es am bereits gefassten Einsatzszenario etwas zu ändern gäbe.

Sie schätzen die Mobilisierungen im Vorfeld ab: wer mobilisiert für welches Thema. Und was ist zu erwarten. Entsprechend wird das Einsatzszenario aufgestellt.

Zudem sind ihre Analysen immer auch Grundlage für die nationale Lageeinschätzung, also zuhanden des NdB (Nachrichtendienst des Bundes).



«Moria is a jail!»

MIGRATION Flüchtlinge sorgen in Europa für eine neue Klassenzusammensetzung und damit für eine veränderte Ausgangslage für den Klassenkampf (vgl. Aufbau Nr. 83 und 85). Dass sich schon kurz nach der Gummiboot-Überfahrt nach Griechenland neue Widersprüche und Kampffelder eröffnen, zeigte uns ein Augenschein im August 2016 in Lesbos.

(az/agkk) Lesbos war in der Vergangenheit für gewöhnlich bekannt als Urlaubsziel. Die griechische Insel zählt 86'000 EinwohnerInnen, welche wirtschaftlich vorwiegend vom Tourismus leben. Lesbos liegt an gewissen Stellen nur wenige Kilometer von der türkischen Küste entfernt. Seit einiger Zeit ist Lesbos gerade aufgrund der türkischen Küstennähe für viele Flüchtlinge aus Pakistan, Syrien, Iran, Afghanistan, Eritrea, dem Maghreb und anderen Ländern vorläufige Zwischenstation auf dem Weg in eine vermeintlich bessere Zukunft geworden. Doch noch stärker als anderswo in Europa, versucht die lokale Regierung, die derzeit ankommenden sowie die festsitzenden Flüchtlinge von der lokalen Bevölkerung und dem Tourismusgeschäft zu isolieren. Dies ganz besonders im heissen August, während der Hochsaison der Branche. Nicht selten hört man die Klagen, dass die Flüchtlinge die Touristen von der Insel vertrieben hätten. Doch die Flüchtlinge werden primär im Camp Moria einquartiert, welches sich in einem kleinen Dorf im Landesinnern befindet, und welches nicht gerade als touristische Hochburg bekannt ist. Flüchtlinge befinden sich teilweise seit über sechs Monaten im Camp Moria, ohne jemals von einer Behörde irgendetwas gehört oder gelesen zu haben. Die Hoffnungslosigkeit ist allgegenwärtig und erdrückend.

Moria als rassistischer Ausdruck

Wer mit Flüchtlingen spricht, erfährt schnell, dass Moria einer Hölle oder eben einem Knast gleichen muss. Ein Augenschein in Moria bestätigt den Eindruck. Das dortige Bild ist geprägt von Natodraht, Absperrgittern und einer gewaltigen Polizei- und Militärpräsenz. «Moria is a jail» ist unter Flüchtlingen zum täglich rezipierten Begriff für das von Unterversorgung geprägte Lager geworden. Mangelhafte gesundheitliche Versorgung, rassistische Behandlungen oder nicht ausreichende Verpflegung für die rund 3'000 LagerinsassInnen machen den oftmals verletzlichen und traumatisierten Menschen das Leben schwer und sorgen für existenzielle Konkurrenz zwischen den verschiedenen Nationalitäten. In dieser Atmosphäre haben rassistische Tendenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein leichtes Spiel. Der Rassismus wird von den Behörden bewusst geschürt. Denn neben der Isolierung von der Bevölkerung ist die Spaltung und Selektion innerhalb des Camps Moria die zweite Funktion der Griechenland unter Syriza-Regierung für das europäische Grenzregime ausführt. Es geht dabei um die Frage, wer bald wieder abgeschoben werden soll und wer europäisches Festland betreten darf.

Somit ist Lesbos immer auch Hoffnungsschimmer für viele Menschen. Hoffnung, dass die Reise irgendwann einmal weitergehen könnte, je nachdem ob die europäische Bourgeoisie Willkommenskultur oder rassistische Abschiebung auf ihre politische Tagesordnung setzt. Vermutlich wird jedoch den meisten Flüchtlingen, die eines Tages europäisches Festland betreten werden, Moria als rassistischer Vorbote eines abgeschotteten Europas in Erinnerung bleiben. Und dies nicht nur deshalb, weil alle Flüchtlinge nach ihrer Ankunft zuerst einmal für 25 Tage interniert werden.

Lesbos heisst auch Solidarität

Moria kann und muss als Vorbote und Symbol für den europäischen Rassismus interpretiert werden. Doch auf der Insel Lesbos gibt es auch viele solidarische Tendenzen, die die Insel für Flüchtlinge zu einem durchaus widersprüchlichen Erleben machen. Eine Gruppe internationaler AktivistInnen hat dieses Jahr die No-Border-Kitchen sowie das No-Border-Social-Center eröffnet. Erstere kocht seit mehreren Monaten täglich (!) hunderte von Mahlzeiten. Die No-Border-Kitchen wäre ohne lokale Solidarität sehr schwer zu bewerkstelligen. Die täglichen warmen Mahlzeiten, welche ohne lange Wartezeiten angeboten werden, sind auch ein zentraler Faktor gegen rassistische Tendenzen. Erst wenn jede Person unabhängig ihrer Herkunft einen vollen Magen hat, ist die Voraussetzung für Solidarität und gemeinsame Interessensfindung überhaupt geschaffen.

Zur Eröffnung eines No-Border-Social-Center wurde Ende Juli am Stadtrand Mytilinis ein Haus besetzt. My-



Gemeinsam kämpfen ist möglich - Bild am Strand von Mytilini

tilini ist die grösste Stadt auf Lesbos, wo auch eine anarchistische Szene und die Kommunistische Partei (KKE) beheimatet sind. Dieses Haus wurde aber auf Geheiss der griechischen Alpha Bank als Besitzerin schon nach wenigen Tagen geräumt. Kurz nach der Räumung sorgte eine Kundgebung sowie eine kleine Demonstration in der Innenstadt Mytilinis für die Aufmerksamkeit und auch für Sympathie zahlreicher AnwohnerInnen und TouristInnen: Die Alpha Bank als Krisenprofiteurin und gleichzeitige Flüchtlingsvertreiberin wurde für manche als Inbegriff dafür fassbar, dass gemeinsame Kämpfe und Forderungen trotz total unterschiedlichen Lebensbedingungen von Geflüchteten und Einheimischen mindestens denkbar sind. Und im mittlerweile an den nahen Strand verlegten No-Border-Center bemerkten viele Flüchtlinge, dass in dieser neu entstandenen Zeltstadt die rassistischen Tendenzen unter den verschiedenen Nationalitäten merklich schwächer sind als im von scharfer Konkurrenz geprägten Moria.



Protest gegen die von der Alphabank diktierte Räumung.

Schon lange vor dem August 2016 wurden auf Lesbos Flüchtlingskämpfe geführt, Demonstrationen und Besetzungen organisiert und diese mit polizeilicher Repression konfrontiert. Im April wurde etwa ein Flüchtlingscamp am Tourismusstrand von Mytilini polizeilich geräumt; pünktlich zur Tourismussaison wollte der Staat ein Exempel statuieren und die Flüchtlinge wieder in die Unsichtbarkeit drängen. In der Folge wurde auch der Hungerstreik als Kampfmittel eingesetzt. Anstelle von der erhofften schnellen Überfahrt aufs europäische Festland sammelten die Flüchtlinge zusammen mit vorwiegend westeuropäischen AktivistInnen also neue Kampferfahrungen, von welchen trotz aller Widerwärtigkeiten alle Beteiligten lernen können. Wenngleich die westeuropäischen AktivistInnen und die Geflüchteten merklich unterschiedliche Lebens- und Kampfbedingungen vorfinden.

Den Kampf in die Metropolen tragen

Gut dreissig AktivistInnen planen gemeinsam mit rund fünfzehn Geflüchteten die täglichen Aktivitäten (Kochen, Essens- und Kleiderverteilung, Betrieb des sozialen Zentrums). Diese Gruppe wird aber praktisch alle zwei Wochen wieder neu zusammengesetzt, was die Kontinuität erheblich erschwert.

Viele WesteuropäerInnen verlassen Lesbos wieder oder kommen neu hinzu. Sie alle finden im August 2016 eine politisch widersprüchliche, komplexe aber auch hochinteressante Ausgangslage vor. So haben Flüchtlinge wie die lokale und vom Tourismus abhängige Bevölkerung das gemeinsame Interesse, dass die Flüchtlinge bald weiterreisen können. Denn Griechenland macht in allererster Linie die Drecksarbeit für das europäische Grenzregime und gilt nicht als ideales Ankunftsland. Die meisten Menschen wollen nach Westeuropa. Für die Europäische Union bedeutet die Selektion in Moria in erster Linie eine Selektion für den westeuropäischen Arbeitsmarkt. Für diesen Zweck werden die Bevölkerungsgruppen schon auf Lesbos gespalten, selektioniert und ungleich behandelt.

Die Beteiligten erleben, dass ein soziales Zentrum als Tagesforderung nur konfrontativ und mit stetigem und breit abgestütztem Druck zu erreichen ist: Einige sprechen über die Parallelen zur westeuropäischen Häuserbewegung der Achziger- und frühen Neunzigerjahre. In einer Jahreszeit, in der die meisten Einheimischen die Insel verlassen, ist die Frage eines breit abgestützten Druckes allerdings eine diffizile Angelegenheit. Und die objektive Situation der Geflüchteten bindet viel Energie an existenzielle Fragen, so dass für die politische Entwicklung nicht immer ausreichend Zeit übrig bleibt. Das Fressen kommt besonders auf Lesbos vor der Moral und das Engagement der AktivistInnen variiert notgedrungen zwischen humanitärer und politischer Arbeit.

Lesbos lehrt aber auch, dass die vielfältigen Widerspruchsfelder innerhalb der werktätigen Klasse (etwa Rassismus oder Sexismus) im Kampf überwunden werden können. So ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Menschen aus Eritrea und Äthiopien gemeinsam auf die Strasse gehen, um gegen die miserablen Bedingungen und die rassistische Behandlung in Moria zu kämpfen. Sogleich wurde ihr Protest zum Tagesthema unter allen CampbesucherInnen. Die Voraussetzung für eine grössere und dennoch radikalere Bewegung ist ein gemeinsames Interesse: Hinter der Forderung nach der Schliessung des Camps Moria und der Weiterreise aller Flüchtlinge könnten sich unter Umständen viele Bevölkerungsgruppen sammeln, sowohl innerhalb Morias als auch der griechischen Bevölkerung auf der Insel. Ein (un-)freiwilliger Besuch auf Lesbos heute lehrt alle Beteiligten, den Klassenkampf von morgen in Westeuropa gemeinsam zu führen.

Weitere Infos

Informationen und weitere Bilder zu Lesbos sind zu finden unter:
<https://www.facebook.com/NBKLesvos/>
<https://noborderkitchenlesvos.noblogs.org/>
 Nach wie vor sind Besuche und finanzielle Unterstützung notwendig und sehr willkommen.

«Nacht leben und Aufwertung lassen»

STADTENTWICKLUNG «Nachtlebenlassen» heisst es auf vielen Plakaten, die im Zürcher Langstrassenquartier hängen. Dahinter verbirgt sich der Widerspruch zweier Interessensgruppen im Aufwertungsprozess.

(agj) Nicht alle Phänomene, die wir rund um das Thema «Stadtaufwertung» beobachten, sind sogleich als Verdrängungstendenzen zu erkennen. Am Beispiel des Konflikts um das Nachtleben im Zürcher Langstrassenquartier wird sichtbar, wie verschiedene Phasen der Aufwertung aufeinander prallen und durch ihre Ungleichzeitigkeit Reibungen produzieren.

Party- oder Wohnquartiere

Im letzten Sommer schlich sich das Thema Nachtleben auf die politische Agenda. Die Stadt Zürich wurde tätig und erklärte, dass Lokale neu nur mit speziellen Erlaubnissen lange offen bleiben dürften oder AnwohnerInnen mehr Rechte erhielten, um gegen die Bewilligungen neuer Lokale vorzugehen.

Betrachtet man die Forcierung von Zürich zur Event- und Partystadt als zentralen Bestandteil der Gentrifizierung, so könnten eben jene Hemmnisse für Bar- und Clubbetreiber als Massnahmen gegen Quartieraufwertung verstanden werden. Schliesslich könnten sie dazu beitragen, das Quartier als Wohnquartier zu bewahren und ein Zeichen gegen das «Event-Zürich» sein. Denn grundsätzlich ist wenig dagegen einzuwenden, der Gastro- und Partyszene einen Strich durch die Rechnung zu machen. Klar muss aber sein, dass die BewohnerInnen des Langstrassenquartiers, die heute diese Forderungen stellen, nicht länger dieselben sind, die zuvor hier lebten. Die demographische Zusammensetzung im Viertel hat sich markant geändert. Die jungen Gutverdienenden von damals, die in das Zürcher Trendquartier zogen und damit eine erste Phase der Aufwertung lostraten, sind heute – 16 Jahre nach Beginn des Aufwertungsprojekts «Langstrasse PLUS» – auf der Suche nach Ruhe für ihre Kinder, was das Bedürfnis nach einem sauberen und ruhigen Wohnort weckt.

Nun melden sich die finanzkräftigen MieterInnen und BesitzerInnen frischer Wohnungen und fordern ein, dass das Quartier nach ihren Bedürfnissen umgestaltet sei. So manifestiert sich ein Widerspruch in den städtischen Aufwertungsbestrebungen. Zwei Interessensgruppen stehen sich gegenüber, auf der einen Seite die Gastronomie und das Nachtleben, auf der anderen die neuen, reicheren QuartierbewohnerInnen.

Nachtlebenlassen

Um die Konflikte zu entschärfen, initiierte Stadtrat Richard Wolff 2014 das «Projekt Nachtleben» mit dem Ziel, AnwohnerInnen, Clubs und Restaurants an einen Runden Tisch zu bringen. Die Ergebnisse dieser Diskussionen zeigten sich während der Fussball EM 2016, es gab mehr Abfallentsorgungsmöglichkeiten, eine erhöhte Polizeipräsenz bei sogenannten «Problem-betrieben» und mit obengenannten Plakaten eine Sensibilisierungskampagne.

Zusätzlich wurden verschiedene Massnahmen, wie das Verbot von Glasflaschen oder bauliche Massnah-



«Diese Strasse ist uns nicht lang wie breit» – Die Sensibilisierungskampagne «Nachtlebenlassen» mit roter Farbe verschönert.

men, welche die Innenhöfe der Langstrasse vor Lärm schützen, geprüft. Auch diese Massnahmen darf man nicht losgelöst vom Aufwertungsprozess in Zürich betrachten. Denn die Disziplinierung des öffentlichen Raumes durch bauliche Massnahmen, Überwachung, Verbote und verstärkte Polizeipräsenz ist gleichzeitig ein zentrales Moment im Aufwertungs- und Verdrängungsprozess. Was hier als gutgemeinte Geste verkauft wird, von der alle Beteiligten schwärmen können, lässt sich gleichzeitig hervorragend nutzen, um das Quartier noch weiter zu gentrifizieren. Wohlgerichtet: Dass die Stadt sich überhaupt auf diese Geste einliess, hat viel mit dem Portemonnaie der heutigen BewohnerInnen zu tun. Denn wie heuchlerisch die hier vorgegaukelte reformistische Mitbestimmung ist, zeigt sich daran, dass bei ähnlichen Umgestaltungsprozessen in Quartieren, wo die Bevölkerung weniger reich ist, kaum je eine derartige Rücksicht auf die AnwohnerInnen genommen wird. Sei es damals, als die Weststrasse beruhigt wurde, der Autobahnverkehr ausgelagert wurde und Alteingesessene aus ihren Wohnungen mussten oder heute, wenn die Stadt in Schwamendingen eine Autobahnüberbauung plant und keinerlei Interessen daran zeigt, irgendetwas dafür zu tun, dass nicht exakt dieselben Verdrängungsprozesse wieder stattfinden.

Zwei Seiten derselben Medaille

Das hier diskutierte Beispiel zeigt, dass Stadtaufwertung kein einfacher linearer Prozess ist. Aufwertungsprozesse lassen sich etappisieren. Während in ersten Phasen der Aufwertung beispielsweise KünstlerInnen oder StudentInnen günstigen Raum nutzen, um Projekte zu verwirklichen, ziehen früher oder später meistens Menschen hinzu, die das Quartier nicht primär wegen der tiefen Mieten spannend finden, sondern we-

gen der Lebendigkeit, die solche Quartiere oft ausstrahlen. Eine weitere Phase der Aufwertung können dann Megaprojekte sein, wie es in Zürich an der Europaallee entsteht. Diese Etappen lassen sich nicht sauber trennen, finden gleichzeitig statt und führen zu derartigen Interessenskonflikten.

Es ist aber eher ausserordentlich, dass ein derartiger Konflikt zur Aufgabe eines Stadtrats wird. Wir erklären uns das einerseits damit, dass Wolff Widersprüche nicht ausstehen kann und immer nach Möglichkeiten sucht, um sie zu entschärfen. Eine Aussage, die er von Interview zu Interview immer wieder platziert. Aber wir erklären uns die Art und Weise, wie mit diesem Konflikt umgegangen wird, vor allem auch dadurch, dass die Stadt sich mit einem Konflikt zwischen zwei Interessensgruppen konfrontiert sieht, die sie beide zufrieden stellen will. Natürlich will die Stadt ein lebendiges Ausgangsviertel, das sie in ihrem Standortmarketing als positiven Faktor betonen kann. Aber die Stadt will zugleich lieber ein Ausgangsviertel mit BewohnerInnen, die viel Steuern zahlen, als eines wo es bei den BewohnerInnen wenig zu holen gibt. Eine Zwickmühle, in die die Gentrifizierung die Stadt gebracht hat!

Egal, ob sich nun langfristig die eine oder andere Gruppe durchsetzt, die BenutzerInnen der Stadt verlieren in beiden Fällen. Aufwertung muss bekämpft werden, wobei auch vermeintlich fortschrittliche Entwicklungen immer kritisch betrachtet werden müssen. So sollte man sich keinesfalls darauf verlassen, dass der Staat in unserem Interesse gegen Gentrifizierung vorgeht und die Prozesse regulieren würde. Wir müssen unsere eigenen Initiativen gegen Stadtaufwertung entwickeln.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Sonntag im Monat geht die Sendung «Widerstand» auf den Wellen des Radio Stadtmix über den Äther (96.3 MHz bzw. über Satellit 107.35 MHz) oder Internet (www.stadtmix.ch).

Zwischen 14:00 und 18:00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und eine Satirekomödie runden die Sendung ab.

www.widerstandradio.org

Wenn Naturgesetze Gesichter bekommen

AUFWERTUNG Ein genauerer Blick auf Aufwertungsprozesse in Zürich offenbart die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Immobilienbesitzenden. Auch der soziale Anstrich der Genossenschaften bröckelt.

(az) Das Innenstadtesicht von Zürich wird gerade einem glasfassadenen Facelifting unterzogen, im Zuge dessen sich die Bevölkerungszusammensetzung der Stadt fundamental ändern wird. Der Höhepunkt der Preisentwicklung von Immobilien in Zürich wurde vermutlich schon 2014 erreicht, die Auswirkungen für die arbeitende Klasse werden jedoch noch die kommenden Jahrzehnte zu spüren sein. Auch genossenschaftlicher Wohnungsbau und Durchmischung ändern nichts daran, dass vertrieben wird. Trotz des rasanten Tempos des innenstädtischen Umbaus hatten Themen der Stadt in der politischen Bewegung in Zürich auch schon mehr Konjunktur. Das hat eng mit der Qualität und Reichweite der Kritik zu tun, denn reformistische Positionen mit Moralappellen und einer pragmatischen Praxis sind nicht nachhaltig. Revolutionäre Positionen hapern dafür oft an praktischen Ansatzpunkten und dem Theorie-Praxis-Transfer. Wo gibt es Ansatzpunkte?

Zürichs heilige Kuh – der gemeinnützige Wohnungsbau

Die Stadt- und Raumpolitische Situation in Zürich ist mit der Geschichte des gemeinnützigen Wohnungsbaus verknüpft. In der Zwischenkriegszeit und vor allem im Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit entstanden hauptsächlich in den Aussenquartieren von Zürich tausende von genossenschaftlichen Wohnungen. Die Grundlage dafür bildeten die Landreserven von Stadtquartieren wie Oerlikon, Seebach, Schwamendingen, Höngg, Friesenberg oder Albisrieden, die nach dem ersten Weltkrieg eingemeindet wurden. Durch einen Planungskonsens der Wohnbaugenossenschaften mit den Planungsbehörden der Stadt, konnten die Genossenschaften vor allem in den 50er-Jahren relativ leicht eine grosse Anzahl von Wohnsiedlungen bauen. Die Stadt Zürich verfügte schon damals über Tradition in der Städteplanung und hatte aus der Wohnungsnot von 1918 gelernt. Diese einzigartige politisch-ökonomische Situation ist der Ausgangspunkt dessen, was heute als genossenschaftliches «Erfolgsmodell» gefeiert wird und sich in Zürich in einem Anteil von 20-25% genossenschaftlichen Wohnungen äussert.

Der hohe Anteil von genossenschaftlichen Wohnungen wird von bürgerlicher Seite gerne als vermeintliches Totschlagargument verwendet, um die Wohnungsprobleme in Zürich kleinzureden. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen muss die Bedeutung der Genossenschaften gleichermaßen anerkannt, wie relativiert werden: Einerseits bildet der genossenschaftliche Wohnungsbau nach wie vor für viele Menschen eine Möglichkeit überhaupt noch eine bezahlbare Wohnung in Zürich zu finden. Andererseits haben sich die Rahmenbedingungen der Genossenschaften fundamental geändert, darum sind Genossenschaften heute nicht per se etwas progressives.

Zürich verfügt über sehr wenige Landreserven und viele der Altbauten aus den 50er-Jahren müssen unter grossem Aufwand renoviert werden oder weichen kurzzeit Neubauten, so z.B. in Schwamendingen oder in der Region Bucheggplatz. Der Preisvorteil von ca. 20% des Mietzinses, den die Genossenschaften gerne für sich beanspruchen, ist jedoch vor allem bei Altbauten realisierbar. Zudem haben die meisten Genossenschaften entweder endlose Wartelisten für BewerberInnen oder nehmen erst gar niemanden mehr auf. 2011 hat der an einer Volksabstimmung angenommene Gegenvorschlag des Gemeinderats auf eine Initiative der SP u.a. verankert, dass der Anteil von gemeinnützigen Wohnungen bis 2050 rund ein Drittel betragen soll. Können Genossenschaften oder gemeinnütziger Wohnungsbau also die Lösung für Zürichs Wohnprobleme sein, so wie das reformistische Positionen propagieren?

Immobilien als kapitalistischen Krisenkur

Um das Umfeld der Genossenschaften analysieren und die reformistische Stossrichtung entkräften zu können, braucht es den Rückgriff auf polit-ökonomische Grundlagen: Wohnungen sind der Ware «gebaute Umwelt» zuzurechnen. Sie haben sowohl die Form eines privaten Konsumguts, sind aber gleichzeitig auch produzierte Ware der Bauindustrie. Gebaute Umwelt kann aber auch fixes Kapital und Teil eines Produktionsprozesses sein, z.B. als Büroräumlichkeit für ein Dienstleistungsunternehmen. Damit sind verschiedene Interessengruppen ersichtlich, von privaten KonsumentInnen von Wohnraum, über Unternehmen bis hin zu den Steuerinteressen des Staats. Aber Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, wenn nicht auch



Brückenkopf zur Aufwertung: Baufeld C der Europaallee. Gebaut von Implenia, gehört der UBS.

investiert und spekuliert würde. Bei gebauter Umwelt geschieht das primär anhand des Zirkulationswertes einer Immobilie.

Der Verkaufswert, der durch Investitionen entwickelt und durch Knappheit erhöht wird, erreicht an bestimmten Lagen und zu bestimmten Zeiten astronomische Werte. Immobilien als materielle und verhältnismässig inflationsbeständige Investitionen, sind in Zeiten von kapitalistischen Überproduktionskrisen hochattraktiv, weil sie zuverlässig Miete generieren, steuerlich vorteilhaft sind und Sicherheit in der «Diversifizierung» des Anlageportfolios bieten. So erstaunt es nicht, dass sich der Immobilienmarkt in der Schweiz in den letzten fünfzehn Jahren stark gewandelt hat. In Zürich wird der Markt im Zentrum von grossen Immobilienkonzernen beherrscht, die gezielt attraktive Liegenschaften, entwickeln und dann «managen» oder verkaufen. Auch hier zeigt sich eine tendenzielle Trennung von Besitz und Management, weil viele EigentümerInnen die Verwaltung von Immobilien spezialisierten Firmen wie Livit oder Winca sa überlassen. Indirekte Investitionen können sowohl in Anlagevehikeln von Banken, z.B. der Credit Suisse, wie auch in Beteiligungen an Immobilienkonzernen wie SPS Swiss Prime Site realisiert werden.

Der Immobilienmarkt funktioniert zu einem grossen Teil nach Rezepten des Finanzmarktes und auch die Genossenschaften übernehmen viele der Managergrundsätze im Bestreben ihre Position in Zürich halten zu können und effektiv und kundenorientiert zu arbeiten. So machen Genossenschaften heute vermehrt Rückstellungen für Landerwerb oder Investitionen und auch bei deren Neubauten werden grössere Wohnungen gebaut und der Mietzins angepasst. Soll der Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau bis 2050 also noch erhöht werden, werden sich die Genossenschaften den Funktionslogiken des Immobilienmarktes angleichen müssen, denn zurzeit sind schweizweit nur etwa zweieinhalb Prozent der neu gebauten Wohnungen Genossenschaftswohnungen.

Der Extragewinn liegt weiterhin an den zentralen Lagen. Trotz der Genossenschaften ist die Stadtentwicklung und Standortförderung in Zürich eine durch und durch kapitalistische Sache. Die Zukunft der verschiedenen Stadtquartiere wird in grossangelegten Entwicklungsplänen mit einem Zeithorizont von acht bis ca. 25 Jahren geplant. Das Schicksal des Kreis 5 wurde schon 1996 besiegelt, als die Stadt in ihrer Planungstradition die verschiedenen «Key-Player» versammelte und unter wesentlicher Mitarbeit von Grundeigentü-

merInnen und deren Interessengruppen einen Aufwertungsplan erstellte. Der trägt nun Früchte und nach dem Abriss des letzten bisschen temporärem Kulturraums an der Geroldstrasse beim Bahnhof Hardbrücke, dürfte ersichtlich sein, in welchem Interesse der Kreis 5 entwickelt wurde.

Auch wenn es sich beim Kreis 5 nicht primär um ein Wohngebiet handelt, so hat die Planung natürlich trotzdem einen Einfluss auf die anliegenden Wohngebiete in Aussersihl oder Altstetten. Ausgehend von einem Brückenkopf an Investitionen, den sich meist die grossen Firmen aneignen, zieht sich ein ganzer Rattenschwanz an Folgeinvestitionen durch die Quartiere, weil alle Marktteilnehmer auf eine profitable Entwicklung spekulieren. Ausgangspunkt solcher Veränderungsprozesse bilden dabei oft Zonenänderungen oder verkehrstechnische Erschliessungen. Auch wenn sich die Stadt Zürich rühmt, nachhaltig und partizipativ zu planen, zeigt sich in der Ausführung trotzdem, dass die Immobilienwirtschaft und Marktlogik die primäre Treibkraft in der Stadtentwicklung sind und die sozialen Ansprüche in der Stadtplanung zum grossen Teil an der privaten Verfügungsgewalt über Eigentum und Investitionen scheitern müssen.

Zurück zu den Akteuren

Im Angesicht der Tragweite und Funktionsweise der Stadtentwicklungs- und Aufwertungsprozesse in Zürich bringt es wenig mit dem rechtlichen oder moralischen Anspruch auf «Stadt» zu argumentieren und damit zu versuchen praktische Politik zu betreiben. Interessant im praktischen Sinne dürfte hier die Überschneidung von öffentlicher Planung und privatem Renditeinteresse sein, denn dort lässt sich der Klassencharakter des Staates am besten festmachen. Auch wenn die Stadtentwicklungspolitik von Zürich gerne Partizipationsmöglichkeiten und Genossenschaften ins Feld führt, um zu suggerieren, dass in Zürich sozial aufgewertet wird, kann in Aufwertungsplänen wie «Langstrasse Plus», Zürich West oder Zürich Nord trotzdem abgelesen werden, für wen und mit wem die Stadt Zürich plant (siehe gegenüberliegende Seite). Und wenn dann nach Bürgerbeteiligung, Investitionsförderung und Herstellung von Sitte und Sicherheit im Kreis 4 trotzdem die alten MieterInnen rausgeschmissen und nun die «young-urban-professionals» und Bonzen einziehen, dann war es die Planung der Stadt Zürich und die Marktlogik der Immobilienbesitzenden, die das zu verantworten haben. Gentrifizierung passiert also nicht einfach, sondern hat Gesichter, Namen, Pläne und Firmenschilder. Das liefert Ansatzpunkte für eine revolutionäre Stadtpolitik.

Schwestern, zur Freiheit, zu den Waffen

COMIC Drei Bände erzählen Frauengeschichten aus der Pariser Kommune. Sie schaffen den Spagat zwischen Alltagsproblemen, Brutalität und Niederlage einerseits und Emanzipation, Behauptung und Optimismus andererseits. Lehrreich und unterhaltsam zugleich.

(az) In der deutschen Übersetzung heisst die Comic-Trilogie «Auf die Barrikaden», was möglicherweise ansprechender ist, doch titelt das französische Original treffender: «Communes», denn es geht um die Pariser Kommune von 1871: erzählt wird diese aus der Sicht dreier Frauen. Wie im ersten Band schön illustriert wird, waren Frauen keineswegs selbstverständlich auf den Barrikaden erwünscht. Sie waren zwar von Anfang an dabei, sie hatten den Kampf ja sogar ausgelöst, als sie am 18. März 1871 den Abtransport der Kanonen aus Montmartre verhinderten und diese den rebellischen Nationalgarden übergaben. Aber ihre Rolle war die ganze Zeit hindurch umstritten. Einige schafften es, sich zu organisieren und nahmen sich das Recht, mit Waffen mitzukämpfen. Wenige gelangten sogar in die Lage, politische Entscheidungen mitzugestalten. Die grosse Mehrheit arbeitete aber weiterhin als Bestreiterinnen der Alltagsprobleme, die im belagerten Paris zahlreich waren. Für die Commune machten sie sich als Köchinnen, Krankenpflegerinnen und Arbeiterinnen in den Ateliers verdient.

Die drei Bände decken verschiedene Phasen der Pariser Kommune ab und beleuchten auch unterschiedliche Aspekte. Während sich der erste Band auf bekannte politische Personen und auf politisch-ideologische Kämpfe während des kurzen Bestehens der Commune konzentriert, legt der zweite Band das Schwergewicht auf die Zeit vor der Ausrufung der Commune, als Paris durch die preussische Armee belagert war und es einerseits schwierig war, das Überleben zu sichern, gleichzeitig aber auch die Entschlossenheit wuchs, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der dritte Band erzählt die Niederschlagung: er ist wütender, militanter und klassenkämpferischer. Das Dienstmädchen Marie Bréban hat Demütigungen durch die Bourgeoisie und durch Männer ihrer eigenen Klasse erlebt und mag nicht mehr diskutieren, sie greift an.

Gemeinsam ist den Bänden, dass sie hingebungsvoll gezeichnet sind und uns für einen kurzen Moment an den Ort des Geschehens zurücktragen. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie kein Happy End haben können, dafür hat die Geschichte gesorgt. Aber sie schaffen es, ein Gefühl der Stärke zu vermitteln, einen erlebbaren Einblick in die Sinnhaftigkeit des Kampfes und in die Hoffnung auf Befreiung.

Der Szenarist Wilfrid Lupano hat das Projekt erdacht und mit zwei Künstlern und einer Künstlerin zusammen gearbeitet. Dass sich der Stoff für eine Comic-Serie eignet, leuchtet unmittelbar ein: Momente der alltäglichen Not und des Streits sind genauso in der Commune angelegt wie jene der Selbstermächtigung und der Emanzipation, die die AkteurInnen mobilisieren, in schweren Zeiten antreiben und mit Stolz erfüllen. Einleuchtend ist die Wahl von Frauenfiguren, die existiert haben (könnten). Frauen, die die bürgerliche Justiz und Alexandre Dumas (der Sohn) die Fassung verlieren liessen, weil sie gekämpft hatten. Dumas schrieb in «Figaro»: «Über ihre Weibchen schreiben wir nichts, aus Respekt gegenüber den Frauen, denen sie erst ähneln, wenn sie tot sind.» Es schien dermassen unvorstellbar und «abartig», dass sich die Frauen erheben, dass man sie lieber verschwiege. Und doch ist offensichtlich: Zahlreiche Frauen lebten in der Commune und viele davon kämpften für die Commune. Lupano erdenkt sich das Leben von dreien unter ihnen und siedelt es in einem gut recherchierten, historischen Kontext an. Die Trilogie ist also fiktional, doch beleuchtet sie meisterhaft eine historische Begebenheit.

Im ersten Band spielt die Russin Elisabeth Dmitrieff, die die «Union des femmes» gründete, die Hauptrolle. Dieser Band dient der politischen Lageklärung der Frauen in der Pariser Commune. Elisabeth Dmitrieff war zwar erst 20, aber bereits sehr gut innerhalb der Linken vernetzt. Und sie war eine Frau der Tat: kaum hatte sie von der Commune gehört, liess sie sich vom Generalrat der Internationalen zur offiziellen Repräsentantin wählen und reiste hin, wobei sie sich offen



über alle ärgerte, die es ihr nicht gleich taten. Es war ihr erklärtes Ziel, die Frauen zu organisieren und zu bewaffnen, ausserdem versprach sie Karl Marx, regelmässig zu berichten, weshalb über ihre Aktivitäten viel mehr bekannt ist als über viele andere.

Der zweite Band ist oberflächlich betrachtet die leichtfüchtigste der drei Geschichten, doch bei genauerer Betrachtung auch die hoffnungsloseste. Erzählt wird die gesellschaftliche Ungleichheit, die während der Belagerung noch verstärkt wird. Während die Mehrheit der Bevölkerung hungert und friert, verspeisen die Bonzen im Restaurant die Tiere aus dem zoologischen Garten. Das Leben ist schwer für die alleinerziehende Arbeiterin und ihre 13-jährige Tochter, die selbstbewusste Victorine. Sie will von Louise Michel und André Léo inspiriert zunächst mit ihrer Bande zusammen fantastische Beiträge zur Befreiung von Paris leisten, tatsächlich wird sie aber von der harten Realität eingeholt.

Der dritte, noch nicht auf Deutsch publizierte Band, beginnt 1859 und dreht sich um das Dienstmädchen Marie Bréban. Ihre Erniedrigungen, Frustrationen und Mühsale verfolgt die Geschichte grob, aber bildhaft: Die Wut der jungen Frau ist spürbar, ihre Militanz nicht nur der

Kampf für ein besseres Leben, sondern auch nachvollziehbare Rache. Am Ende wird sich aber die Justiz an ihr rächen. Dafür, dass sie es gewagt hat, sich zu erheben, sie, eine Frau und Proletin! Für sie haben die Herren Richter nichts als Verachtung und Psychologisierung übrig. Doch Marie ist längst über den Punkt hinweg, sich einen Dreck um deren Meinung zu scheren.

Wilfrid Lupano: Auf die Barrikaden. Splitter

kommunisten lesen, antiken abonnieren.

Jahresabo 30 Fr.
 Vierteljahres 60, 100 Fr. oder nach Wahl

info@antiken.org oder www.antiken.org